Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluß: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 26 — Sonnabend, den 29. Juni 1929 — 33. Jahrgang

Die kommende Reparationsbank

Mit dem Youngplan (Siehe Artikel in Nr. 25 „Das Pariser Kompromiß". Red.) wurde ein internationales Finanzinstrument geboren, dessen Bedeutung nicht gering veranschlagt werden kann. Die Bank für internationale Zahlungen, wie sie im deutschen Text des Berichtes der Young-Kommission heißt, ist auf die Zeit von 58 Jahren gedacht. Wer der Meinung ist, daß ein internationaler Finanzapparat solcher Ausdehnung und nach einem so hohen Lebensalter sterben wird, der dürfte sich auf dem Holzwege befinden. Keynes hat einmal auseinandergesetzt, daß große Gesellschaften und Unternehmungen nach einer gewissen Lebensdauer ihren Gründern aus den Fingern gleiten und ein Eigenleben beginnen. Uns scheint, daß dies auf die Reparationsbank besonders zutreffen wird, wenn sie in dem Rahmen zu arbeiten beginnt, der ihr gesteckt ist.

Aufgaben und Ziele. Die Experten begründen die Errichtung einer solchen Bank einleitend mit folgenden Worten: „Es soll ein Finanzinstitut geschaffen werden, das in der Lage ist, zu einer Vermehrung des Welthandels beizutragen, und zwar durch Finanzierung von Unternehmungen — insbesondere in den unentwickelten Ländern — die man wahrscheinlich mit den gewöhnlichen vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten nicht in Angriff nehmen würde . . ." Das ist ein weitgestecktes Ziel. Doch vorerst soll die Bank ein Kontrollorgan im weitesten Sinne sein. „Eine Bank, die bestimmt ist, diese Aufgaben (Inkasso der deutschen Zahlungen und Verteilung der Beträge) zu erfüllen, rechtfertigt folgerichtigerweise die Liquidation aller politischen Kontrollen und sieht dafür einen Apparat vor, der im wesentlichen einen finanziellen und kommerziellen Charakter hat." Mit Errichtung der Bank sollen alle Kontrollstellen aufgelöst werden und der Reparationsagent seine Tätigkeit einstellen. Die Funktionen dieser Kontrollorgane, soweit diese noch notwendig sind, übernimmt die Bank. „Allgemein ausgedrückt, wird sie insoweit Aufgaben der bestehenden Stellen übernehmen, als sie weitergeführt werden müssen; sie wird die ganze Arbeit der äußeren Verwaltung leisten, wie den Empfang und die Verteilung der Zahlungen und die Kommerzialisierung derjenigen Teile, welche kommerzialisiert werden können." Die Bank soll im allgemeinen der geschäftlichen und finanziellen Praxis angepaßt werden und außerhalb jedes politischen Einflusses liegen. Sie soll neben den oben bereits genannten Aufgaben zur Stabilität der internationalen Finanz beitragen. Des ferneren hat die Bank die nicht unwichtige Aufgabe, den Aufschub von Zahlungen oder der Transferierungen zu befürworten und zu bewilligen. Dazu soll ein Sonderausschuß eingesetzt werden. Man sieht, daß die deutsche Wirtschaft eng mit der Reparationsbank verbunden ist.

Der Kapitalstock und die Aktionäre. Das Aktienkapital der Bank beträgt 100 Millionen Dollar und muß bei der Gründung zu 25 Prozent eingezahlt werden. Aktionäre sind die 7 Hauptländer und zwar: Deutschland, die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien, Belgien und Japan. Auch andere Länder können an Emissionen teilnehmen, jedoch darf deren Anteil 44 Millionen Dollar nicht übersteigen. Ueber das Stimmrecht der Aktien verfügt die Notenbank des betreffenden Landes, in dem die Aktien untergebracht sind. Die 7 Hauptländer haben also immer das Uebergewicht.

Verwaltung und Art der Geschäfte. Leiter der Bank sind von vornherein die Präsidenten der Zentralbank jedes der 7 Länder. Jeder wird unter seinen Landsleuten ein zweites Mitglied zur Leitung der Bank aussuchen. Deutschland und Frankreich haben das Recht, während der Dauer der deutschen Zahlungen ein weiteres Mitglied zu ernennen. Der Verwaltungsrat wird aus Vorschlagslisten gebildet, die die Leiter der nationalen Notenbank einreichen. Die Bank verwaltet Einlagen auf Reparationskonto, Einlagen der Zentralnotenbanken, entweder Kontokorrentguthaben oder Zeitguthaben, Einlagen für den Abrechnungsverkehr, Einlagen als Garantiefonds usw. Die Bank verkehrt mit den einzelnen Notenbanken sowie mit anderen Organismen durch Vermittlung der Notenbank und jeder Unternehmung jedes Landes falls letztere keine Einwendungen erhebt. Grundsätzlich befugt ist die Bank zu folgenden Geschäften: An- und Verkauf von Gold in Münzen und Barren, Eröffnung von Goldguthaben für Rechnung der Notenbanken, sowie Einräumung von Vorschüssen, auf deren Gold; Ankauf und Verkauf von Wechseln für eigene Rechnung; Eröffnung von Guthaben bei Notenbanken; Diskontierung und Rediskontierung von Wechseln der Notenbanken; An- und Verkauf für eigene Rechnung von Bons mittlerer und langer Laufzeit usw.

Die Verteilung der Gewinne. Die Gewinnverteilung hat bei den Verhandlungen eine außerordentlich große Rolle gespielt. Sie geht nach folgenden Gesichtspunkten vor sich: Der gesetzliche Reservefonds erhält bis zur Höhe von 10 Prozent des Grundkapitals jährlich 5 Prozent des Reingewinnes. Ferner soll eine Dividende von 6 Prozent verteilt werden. 20 Prozent sollen weiter an die Aktionäre von dem Rest verteilt werden, bis die Höchstdividende von 12 Prozent erreicht ist. Nach Berücksichtigung dessen soll die Hälfte des verbleibenden Reingewinns zur Auffüllung eines allgemeinen Reservefonds dienen: beginnend mit 40 Prozent bis dieser das Doppelte des Grundkapitals beträgt; 30 Prozent bis er das Dreifache, 20 Prozent bis er das Vierfache; 10 Prozent bis er das 20 Prozent bis er das Vierfache erreicht; 10 Prozent bis er das Fünffache erreicht und von da an jährlich 5 Prozent. Der Restbetrag des jährlichen Reingewinnes soll nach Befriedigung oben erwähnter Erfordernisse in folgender Weise Sonderrücklagen zufließen: 1. 75 Prozent an die Regierungen oder die Zentralbanken der Gläubigerländer oder Deutschlands, die bei der Bank langfristige Einlagen halten, welche der Bank mindestens 5 Jahre übergeben werden. 2. 25 Prozent zu dem Zwecke, Deutschland die Entrichtung der letzten 22 Annuitäten zu erleichtern, vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung sich dazu bereit findet, bei der Bank eine langfristige Einlage zu machen, die unter bestimmten Voraussetzungen kündbar ist und den Mindestbetrag von 400 Millionen Mark ausmacht." Eine nicht sehr klare Fassung, die es noch sehr fraglich erscheinen läßt, ob die Gewinne der Bank jemals zur Erleichterung der deutschen Zahlungen herangezogen werden können.

Die weltwirtschaftlichen Perspektiven. Das wäre in großen Umrissen ein Ueberblick über die zukünftige Reparationsbank. Daß es sich um ein mächtiges Institut handeln wird, geht nicht allein aus ihren Aufgaben, sondern auch aus dem Umfang ihrer Kapitalbasis hervor. 420 Millionen Mark Aktienkapital, dazu ein gesetzlicher Reservefond von 10 Prozent und ferner ein allgemeiner Reservefond in der Höhe des fünffachen Aktienkapitals ergibt ein Institut mit einem Grundkapital von 2 bis 3 Milliarden Mark. Dazu treten noch die Einlagen der einzelnen Notenbanken, die Depots, die der Bank übergeben werden und vor allem alljährlich die großen Reparationszahlungen, die Deutschland zu leisten hat. Selbst die größten Banken der Welt werden wahrscheinlich durch die mit dem Youngplan entstandene Reparationsbank in den Schatten gestellt werden. Doch handelt es sich bei alledem vorläufig noch um theoretische Perspektiven, die durch die Praxis eine andere Richtung bekommen können. Bereits jetzt werden sehr ernsthafte Pläne bekannt, die Reparationsbank zu einem großen Investment Trust auszubauen. Das ist eine sehr plausible Aufgabe, denn in der Form der Investment-Trusts sind schon große Transaktionen durchgeführt worden. Die Reparationsbank ist in erster Linie eine europäische Angelegenheit. Sie kann eine vorzügliche Sache werden, das alte Europa finanzpolitisch wieder in der Welt zur Geltung zu bringen. Des ferneren kann sie die vielen noch brachliegenden Absatzgebiete mit Kapital befruchten und somit den hochentwickelten Industrieländern neue Absatzgebiete verschaffen. Für Deutschland kann sie ein wichtiges Institut zur Vermittlung von Anleihen werden.

Was die Bank aber sonst währungspolitisch als überstaatliche Zentralbank zu leisten vermag, das kann sich heute noch niemand ausmalen. Vorläufig sind wir noch nicht so weit, daß ein allgemeines Weltgeld entsteht, aber nach dieser Richtung kann sich das Institut entwickeln. Wie dem aber auch sei, wir erachten die Reparationsbank als einen der wirksamsten Hebel, den Weltfrieden aufrecht zu erhalten. Denn wenn die Regierungen neben dem Völkerbund und den sonstigen internationalen Verbindungen finanziell in einer internationalen Bank derartig verbunden sind, dann ist es schwer, sich vorzustellen, daß ein Krieg oder irgendwelche ernsthafte Händel zwischen den Staaten hinfort noch möglich sind.

Man sieht an dem Entstehen der Reparationsbank, welche Entwicklungsmöglichkeiten der Krieg entfacht hat. Der Kapitalismus schickt sich an, in anderer von den öffentlichen Gewalten weitgehend beeinflußter Weise sich neu zu konsolidieren. Die Reparationsbank soll ein Solidarinstitut des europäischen Finanzkapitals sein. Diese neuen Neigungen der kapitalistischen Entwicklung machen auch eine Neuorientierung nach dieser Richtung notwendig. Die Arbeiterschaft muß sich ideologisch und organisatorisch darauf einstellen. Ein Ausbau der internationalen Organisation der Gewerkschaften des IGB ist notwendig. Die Gewerkschaftsbewegung ist die einzige Kraft die diesem internationalen Neukapitalismus als Gegengewicht gegenübergestellt werden kann.

Unser Verband in den Jahren 1927 und 1928

II.

Es ist nur zu natürlich, daß dem Lohn- und Tarifwesen im Verbands-Geschäftsbericht viele Seiten gewidmet werden. Die vornehmste Aufgabe liegt bekanntlich auf diesem Gebiete.

Der Reichstarifvertrag für das Steinsetz-, Pflaster- und Straßenbaugewerbe — der Reichsarbeitsvertrag für die Pflasterstein- und Schotterindustrie — der Reichsarbeitsvertag für die Grabmal- und Marmorindustrie — Der Reichslohntarif für die deutschen Granitwerke mit Schleifereibetrieben, sind für unsere Mitglieder grundlegend in der Lohngestaltung und haben folgedessen manche Verhandlungen, Besprechungen und Vereinbarungen ausgelöst, die den daran Beteiligten nicht immer Freude machten. Das ist durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß alle diese Zentralverträge, einschließlich der in sie verankerten Landes-, Bezirks- und Lokaltarife, im Abschluß und in der Auslegung auf Kompromissen basieren; das besagt alles und erfordert natürlich Beachtung für jeden Beurteiler der ernst genommen werden möchte.

Auf den Reichstarifvertrag im Steinsetzgewerbe stützen sich allein 38 Bezirks- und 2 Ortstarife. Fast durchgehend sind diese Tarifverträge mit den bezirklichen Unternehmerverbänden und Innungen des Steinsetzgewerbes abgeschlossen worden. Nur in Schleswig-Holstein, in Aachen und Köln ist Tarifkontrahent der Reichsverband für das Tiefbaugewerbe, weil die dortigen Steinsetz-Unternehmen dem genannten Reichsverband in der Mehrzahl angeschlossen sind.

Die Gestaltung der Löhne in diesen Tarifbezirken ist — so wird im Bericht ausgeführt — „eine Frucht der guten Organisation der Kollegen. Die Vertrags- und Lohnabschlüsse erfolgten in den meisten Bezirken ohne Anwendung von Kampfmitteln. Nur in Mitteldeutschland, Kiel, Osnabrück und Königsberg i. Pr. mußten erst Arbeitsniederlegungen erfolgen. Die Zukunft wird Aenderungen des Tarifwesens im Steinsetzgewerbe mit sich bringen... Denn das bisher wirtschaftlich konservativ eingestellte Unternehmertum des Steinsetzgewerbes wird sich künftig nicht nur auf den Steinpflasterstraßenbau beschränken, sondern alle neueren Straßenbauverfahren ausführen. Neben dem aber tritt das im Tiefbaugewerbe vorherrschende Großunternehmertum, angelockt durch die großen Straßenbauvorhaben, immer mehr in die Wirtschaft des Straßenbaugewerbes ein. Die Industrialisierung macht vor dem Straßenbaugewerbe nicht halt! Aus diesen nur ganz kurz angedeuteten Ursachen wird sich der Zwang zur Verbreiterung der Grundlage des Tarifwesens des Straßenbaugewerbes ergeben. Das Grundlegende wird der Abschluß eines Reichstarifvertrages sein, der alle Straßenbauverfahren umfaßt und der alle am Straßenbau interessierten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter umfassen wird. Nur durch die Schaffung eines solchen Reichstarifvertrages wird es möglich sein, den Interessen der gesamten Arbeiterschaft des Straßenbaues zu dienen."

Soweit die anderen Reichsarbeitsverträge in Frage kommen, wurden sie wieder erneuert. Ablehnend verhält sich nach wie vor die Werksteinindustrie (Sandstein usw.). Diese Vorgänge werden im Bericht eingehend dargestellt, ebenso wichtige Beschlüsse des Haupttarifamtes für die Pflasterstein- und Schotterindustrie.

Unser Verband hatte am Jahresschluß alles in allem 188 Tarifverträge, die sich auf 4438 Betriebe erstreckten und 91 338 Personen umfassen, von denen 66 899 dem Zentralverband der Steinarbeiter angehören.

Das umfangreiche Kapitel: Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen wird mit folgenden Worten eingeleitet: „Bei Beginn der Berichtszeit — Jahr 1927 — setzte ein Umschwung auf dem Wirtschaftsmarkt ein. Die Arbeitslosigkeit wurde gemildert und Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß eingereiht. Die veränderten günstigeren Wirtschaftsverhältnisse, die bis ins zweite Drittel des Jahres 1928 anhielten, um dann einer langsam abgleitenden Bewegung Platz zu machen, hatten, wie in allen übrigen Industrien auch in der Natursteinindustrie, verstärkte Arbeitsmöglichkeit geschaffen. Dies mußte naturgemäß die Kollegen und den Verband veranlassen, ihren Anspruch auf einen gerechten Anteil an den vermehrten Geschäftsergebnissen geltend zu machen. Es galt zunächst einen Ausgleich für die gesteigerten Lebenshaltungskosten herbeizuführen und darüber hinaus eine Hebung des Lohnniveaus zu erreichen." — Daran anschließend werden die Widerstände der Unternehmer aufgezeigt. „In einigen Bezirken konnten die erreichten Erfolge nicht befriedigen. Besonders steht der Erfolg der schlesischen Granitarbeiter, sowie auch der Lausitzer Schleifereikollegen zu den aufgewendeten Mitteln und dem einmütigen Ausharren in keinem Verhältnis. Völlig unbefriedigend ist der Lohnstand im Bayrischen Wald. Hier trägt allerdings die Gleichgültigkeit der Kollegen einen großen Teil Schuld. Von zirka 3000 Beschäftigten hat trotz aller Bemühungen nur ein reichliches Drittel den Weg zur Organisation gefunden."

Insgesamt haben in den beiden Jahren 484 Bewegungen stattgefunden, die sich auf 2560 Orte mit 10 623 Betrieben und 216 895 Beschäftigten erstrecken. Die letztere Zahl ist deshalb so hoch, weil sich in den beiden Berichtsjahren Doppelzählungen nicht umgehen lassen, da sich in gleichen Orten, in gleichen Betrieben wiederholt Bewegungen abspielten.

An Ausgaben für die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen in den Jahren 1927 und 1928 waren 1 219 177 Mark erforderlich.

Der Geschäftsbericht bringt auch wie in früheren Jahren, im einzelnen den Nachweis des Erreichten in Lohn und Arbeitszeit und im weiteren auch den Nachweis über das Abgewehrte von geplanten Lohnkürzungen und verlängerter Arbeitszeit. Die Kollegen sollen sich beim Lesen nicht etwa abschrecken lassen durch die tabellarische Darstellung, da sich anders die Sache kaum auf den kurzen Raum wirkungsvoll schildern läßt. Dies Kapitel ist im weiteren ein Beweis, wenn es überhaupt eines solchen bedarf, von der Kampfkraft und Kampffähigkeit des Verbandes — trotz Unterstützungseinrichtungen.

Den Nachwuchs im Erwerbsleben zu erfassen und zu betreuen im Arbeitsverhältnis, ist ebenfalls schon seit Jahren eine unserer gewerkschaftlichen Aufgaben. Insgesamt wurden im Verbandsbereich 7055 jugendliche Kollegen festgestellt, davon waren 5309 Lehrlinge und 1746 Hilfsarbeiter. Die verhältnismäßig geringe Zahl der jugendlichen Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Straßenbau hat ihre Begründung in der Schwere der Berufsarbeit, der ein in der Entwicklung befindlicher Körper nicht gewachsen ist. Wenn auch aus diesen Gründen der Nachwuchs zahlenmäßig beschränkt ist, so muß dennoch jede Zahlstelle sich um die Organisierung der Jugendlichen recht ernstlich kümmern. Im Geschäftsbericht werden auch sonst noch sehr beachtliche Feststellungen über Lehrdauer, Löhne und Ferien der Jugendlichen gemacht, die sich in den bereits bestehenden 34 Jugendgruppen des Verbandes sehr gut als Anregung und Aufklärung verwerten lassen.

Die Entwicklung des Arbeitsrechts, gesetzliche Arbeitslosenunterstützung, Sonderfürsorge für Saisonarbeiter, Gewerkschaftskongreß, Internationale der Steinarbeiter, das sind alles ernste und informatorische Kapitel im Geschäftsbericht, die jeder einzelne unbedingt lesen muß. Eine sehr interessante Darstellung ist die

„Aktive Beteiligung der Steinarbeiter im öffentlichen Leben", die zu erforschen bereits vor langer Zeit einmal im „Steinarbeiter" angeregt wurde, ohne bestimmt zu erwarten, daß darüber so schnell Auskunft verschafft werde. Leider haben an der Feststellung sich nur 78 Prozent der Zahlstellen beteiligt = 588. In diesen Orten wurden 2052 Funktionen „öffentlichen Rechts" ausgeübt. Der Bericht stellt auf Grund der Ergebnisse fest, daß die „positive Anteilnahme der Steinarbeiterschaft am öffentlichen Leben" in Schlesien, Mittel-, und Süddeutschland größer ist als in Sachsen und Norddeutschland. Eine sehr übersichtliche Tabelle belegt das sogar im einzelnen gauweise. Der Bericht vermerkt dann:

„Als Ganzes kann das Ergebnis als äußerst erfreulich angesehen werden. 904 Verbandsmitglieder sind in den parlamentarischen Körperschaften der Kommunen, Kreise, Bezirke und Provinzen; 145 Kollegen üben andere kommunale Funktionen aus, 837 Kollegen betätigen sich in sozialpolitischen Aemtern (Krankenkassen, sonstiges Versicherungswesen) und 75 Kollegen wirken in der Arbeitsgerichtsbarkeit und im staatlichen Schlichtungswesen mit, 91 Kollegen an den ordentlichen Gerichten.

Nun einiges aus dem Kassenbericht, der bemerkt: „Die finanzielle Entwicklung des Verbandes weist trotz starker Inanspruchnahme seiner Mittel (namentlich im Jahre 1928) eine beachtliche Steigerung auf. Das Hauptkassenvermögen stieg von Ende 1926 mit 896 093 Mark auf 1 933 492 Mark am Schlusse des Jahres 1928. Das Vermögen der Zahlstellen stieg in der gleichen Zeit von 355 897 Mark auf 496 132 Mark. Pro Mitglied betrug das Hauptkassenvermögen Ende 1926 16,16 Mark und Ende 1928 28,42 Mark. So erfreulich dies Ergebnis an sich ist, so kann es doch wegen seines verhältnismäßig geringen realen Wertes nicht befriedigen. Entspricht das Pro-Kopf-Vermögen von Ende 1928 doch nur einem Vorkriegswert von ungefähr 17 Mark, während der Verband Ende 1913 schon über ein solches von 28,13 Mark verfügte. Demnach hat der Verband nach der Inflation erst wieder 60 Prozent des Realwertes seines Vorkriegs-Hauptkassenbestandes erreichn können. Da die Aufgaben des Verbandes jedoch sowohl nach innen wie nach außen gewachsen und im weiteren Steigen begriffen sind, so müssen die Einnahmen des Verbandes ebenfalls eine weitere Steigerung erfahren, denn auf der Ausgabenseite kann der Vergleich zum Nutzen des Verbandes nicht geschaffen werden.

Die innere und äußere Leistungsfähigkeit des Verbandes beruht auf der Beitragsleistung seiner Mitglieder. Leider hinkt letztere aber in großen Abständen hinter den durch den Verband erzielten Lohnerhöhungen hinterher. Die Beitragsscheu der Kollegen ist in vielen Fällen nicht geringer als die sattsam bekannte Steuerscheu der besitzenden Kreise, obgleich der Verband einen der wichtigsten, wenn nicht den wichtigsten Faktor der Existenzgrundlage nicht nur seiner Mitglieder, sondern sämtlicher Berufs- bzw. Industrieangehörigen bildet. Nach der Lohn- und Tarifstatistik müßte sich der Aufstieg von den niedrigeren zu den höheren Beitragsklassen viel schneller vollziehen, abgesehen von den Kollegen,

welche ständig einen niedrigeren Beitrag zahlen, als ihr dem Verband zu dankender Verdienst vorschreibt. Das sind in der ersten Linie in Akkord arbeitende Kollegen, die nicht einsehen können oder wollen, daß auch für sie die statutarische Bestimmung gilt: „Ein Stundenverdienst pro Woche der Hauptkasse", obgleich sie meist bedeutend mehr verdienen, also wirtschaftlich besser gestellt sind als die in Zeitlohn beschäftigten Mitglieder. Es muß also, um die Leistungsfähigkeit des Verbandes zu erhöhen, nicht nur eine Beitragserhöhung vorgenommen, sondern auch Vorsorge getroffen werden, daß von allen Mitgliedern der ihrem Verdienst entsprechende Beitrag geleistet wird. Ganz energisch ist auch das Restantenunwesen, als Ursache ständiger Unzufriedenheit, zu bekämpfen. Welcher Kollege kennt nicht die unliebsamen Auseinandersetzungen zwischen Unterstützungsempfängern und Kassierern, wenn restierende Beiträge von den Unterstützungen in Abzug gebracht werden müssen. Und welchen Mißbrauch gilt es zu beseitigen, der vielfach gerade bei dieser Gelegenheit mit dem Kleben von Erwerbslosenmarken getrieben wird

Die durchschnittliche Einnahme an Hauptkassenbeiträgen pro Mitglied betrug (ohne Extrasteuern):

1926: 21,95 Mk.; 1927: 29,60 Mk.; 1928: 32,84 Mk.

Die Steigerung der Beitrags-Einnahme ist die Auswirkung der auf dem Frankfurter Verbandstage vorgenommenen Beitragserhöhung, die jedoch durch die gesteigerten Ausgaben wieder ausgeglichen wurde. Die Gesamtausgabe pro Mitglied betrug:

1926: 25,98 Mk.; 1927: 22,17 Mk.; 1928: 35,11 Mk.

Die im Jahre 1927 durch geringer Ausgaben zustande gekommene Reserve ermöglichte es nicht nur den in jeder Beziehung gesteigerten Ansprüchen des Jahres 1928 zu genügen, sondern auch noch einen beträchtlichen Fonds in das mit bis dahin noch nicht dagewesener großer Arbeitslosigkeit begonnene neue Jahr hinüber zu nehmen. Ist auch eine erhebliche Schwächung des in das Jahr 1929 übernommenen Haupt-Kassenbestandes durch die fast das ganze 1. Quartal anhaltende enorme Arbeitslosigkeit eingetreten, die es geraten erscheinen ließ, in der wenig aussichtsreichen Wirtschaftsperiode großen Kämpfen auszuweichen und sich mit den auf dem Verhandlungswege erreichten Erfolgen zu begnügen, so hat doch der unter den schwierigsten Kämpfen sich nach der Inflation vollzogene finanzielle Wiederaufbau des Verbandes seine Schlagfertigkeit, Kampfkraft und Leistungsfähigkeit vollauf bewiesen."

Das sind Ausführungen, die jedes Verbandsmitglied so oft lesen müßte, bis sie sich fest eingeprägt haben; denn in ihnen steckt fundamental alles, was der Verband als Schutz- und Trutzbund den Mitgliedern war, ist und sein soll. Keine der nüchternen Zahlentabellen sollte beim Lesen übersprungen werden, jede einzelne wurde mit großem Fleiß zusammengestellt, um die Gesamtmitgliedschaft für den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation zu erziehen. Eine kartographische Darstellung als Abschluß des Kassenberichts zeigt die Verteilung der Verbandsangestellten nach dem Stand im Frühjahr 1929 auf das Gebiet der deutschen Republik.

Die dann folgenden Gauberichte behandeln zum Teil im einzelnen die wichtigen Vorgänge im engeren Bezirk, sie sind Unterlagen für die Beurteilung der Fülle von Arbeit, die den betreffenden Kollegen obliegt. Allein die Vertretung vor den Arbeitsgerichten nimmt viel, sehr viel Zeit und Kraft in Anspruch, neben den unabwendbaren Lohn- und Tarifverhandlungen und der notwendigen Agitation. Die letztere kommt dabei immer zu kurz.

Dem Redaktionsbericht ist ein spezieller Bericht über die stattgefundenen 32 Wanderkurse angehängt. 1290 Kollegen haben diese Kurse besucht. Welche Erwerbsgruppen beteiligt waren und welche Verbandsfunktion die Teilnehmer ausübten ist im Bericht nachzulesen. Von all den Teilnehmern waren 623 bei der SPD, 93 bei der KPD, 1 bei der christlich sozialen Reichspartei (Absonderung vom Zentrum) und 543 waren parteilos. Aus dieser Feststellung mögen die Verbandsmitglieder die nötigen Lehren ziehen, auch aus folgendem, was im Redaktionsbericht über die Kurse vermerkt wird:

... Wenn auch nicht alles, was wir auf den Kursen den Kollegen bieten, in ihnen haften bleibt, das wäre sogar etwas viel verlangt, sicher haben aber die Kurse ihr Gutes gehabt und werden das auch künftig haben. Nur muß bei den Zahlstellen die Auswahl der Teilnehmer noch eingehender erfolgen wie bisher. Es gibt unter den Teilnehmern einzelne, die solche Veranstaltungen verwechseln mit einer Erholungs- und Vergnügungstour. Das ist sicherlich abwegig, denn die Tage sind Arbeitstage für die Bewegung, für den Verband. Allgemein war der Eindruck von der Aufnahmefähigkeit und Aufmerksamkeit der Mehrzahl der Teilnehmer eine sehr gute, und man erkennt bei sehr vielen Kollegen das ernste Streben, sich Wissen anzueignen im Interesse der Gewerkschaften. Es wird heute allgemein nicht mehr so intensiv und instruktiv die Literatur für die Arbeiterbewegung gelesen. Sehr vielseitig und massig ist überhaupt die neuere Literatur dieses Gebiets. Vergangenem wird nur noch wenig gedacht, um daraus für die Zukunftsarbeit zu schöpfen. Es gehört heute zweifellos sehr viel dazu, wenn ein Funktionär im besoldeten Verhältnis auf der Höhe bleiben will, mehr noch gilt das für die Funktionäre in den Betrieben. Schon aus diesem Grunde sollte der Verbandstag nicht etwa die Verbands-Wanderkurse als erledigt betrachten, sondern sie weiter bestehen lassen und der Verbandsleitung Vollmacht geben, nach ihrem Ermessen solche abzuhalten und im weiteren auch Vollmacht geben über die Benutzung der Schule des ADGB.

Der Geschäfts-Bericht wird mit dem „Bericht des Verbandsausschusses" abgeschlossen. Dieser gibt Kunde vom Revisionsbefund der Hauptkasse auch über unverhoffte Revisionen mit folgenden Worten: „Erfreulicherweise konnte jedesmal festgestellt werden, daß sich Kasse, Bücher und Buchführung in mustergültiger Ordnung befanden." Dann erstreckt sich der Bericht auf Beschwerden und ihre Erledigung. In den zwei Berichtsjahren sind aus verschiedenen Ursachen 15 Beschwerden erhoben. Nicht über die Verbandsführung, sondern über Unterstützungs-, Ausschluß- und andere Sachen, die ein Organisationsbetrieb mit zirka 800 Zahlstellen immer im Gefolge hat.

Damit können wir unsere Besprechung, die natürlich den umfangreichen Geschäftsbericht nur in großen Zügen andeuten konnte, schließen. In ihm spiegelt sich die Verbandsarbeit wider, die selbstverständlich nur geleistet werden konnte, weil der Organisationsapparat funktioniert und jedes aktive Verbandsmitglied sich in den Dienst der Sache gestellt hat. Das darf nicht verkannt werden. Das weiß natürlich die Verbandsleitung, bei der die Fäden des Organisationsapparates zusammenlaufen, in erster Linie zu schätzen. Leistung und Mitglieder können deshalb auch mit gewisser Befriedigung auf die Geschäftsperiode 1927/28 zurückblicken; denn in ihr ist geleistet worden, was Mittel, Kräfte und Können gestatteten. Ueber die tatsächlichen Verhältnisse kann auch der beste Wille nicht hinweghelfen; das wird jedes einsichtige Verbandsmitglied einsehen und danach sein Urteil einrichten. Ein solches Urteil zu fällen, erleichtert das Studium des umsichtig und fleißig zusammengestellten Geschäftsberichts der Verbandsleitung.

Die betriebswirtschaftliche Momentphotographie

Jedes größere Unternehmen gibt sich mindestens einmal im Jahre über seinen finanziellen Stand Rechenschaft. In der Regel ist das der Tag, an dem die Bilanz aufgestellt wird. Die geschäftlichen Verhältnisse am Bilanzstichtage, die in der Gegenüberstellung von Vermögenswerten und Schuldverpflichtungen des Unternehmens bestehen, sind vielfach mit einer Momentphotographie verglichen worden, deren Zweck es ist, aus dem stark geschäftlichen Leben einen Augenblick festzuhalten, um das Gesamtbild beurteilen zu können. Nun kann, ebenso wie bei der photographischen Bildkonstruktion, auch bei der Aufnahme des betriebswirtschaftlichen Augenblickbildes, vieles verschönt, frisiert, verdunkelt oder weggelassen werden, wenn dem Operateur ein bestimmter Zweck vorschwebt, der erreicht werden soll. Von unseren Unternehmungsleitern ist beispielsweise bekannt, daß sie den rein betriebswirtschaftlichen Akt der Fertigstellung von Bilanz und Geschäftsbericht fast durchweg zu sozialen oder politischen Demonstrationen benutzen. Man denke nur daran, daß heute in keinem Geschäftsbericht eines größeren Unternehmens der Hinweis auf die soziale und steuerliche „Belastung" fehlt, die nun schon einige Jahre die Unternehmen vor den ständigen Ruin gebracht haben soll. Wer diese selbst im Wortlaut sich immer wiederholenden Klagen liest (nie ist von sozialen und steuerlichen Abgaben, sondern immer von Lasten die Rede) und ihnen uneingeschränkt Glauben schenkt, muß die verhältnismäßig niedrige Konkursziffer geradezu als ein Wirtschaftswunder betrachten. Es ist nicht anzunehmen, daß bei der Bilanzaufstellung andere Tendenzen obwalten, als bei der Abfassung des Geschäftsberichts, wo die Möglichkeit, der Oeffentlichkeit eine bestimmte Zweckmeinung zu suggerieren, ebenso gegeben ist, wie im Textbericht, nur, daß man statt tendenziöser Worte ebenso tendenziöse Zahlen sprechen läßt.

Neben diesen sozialen, oder besser gesagt, antisozialen Interessen, bestehen für die Unternehmer auch Kreditinteressen, deren Berücksichtigung eine geradezu entgegengesetzte Darstellung der Vermögenslage und der Erfolgsaussichten erheischt. Es ist ja selbstverständlich, daß man jemand, wenn man von ihm Geld geliehen haben will, eine viel günstigere Schilderung seiner Vermögensverhältnisse gibt, als wenn es gilt, Lohn- oder Arbeitszeitforderungen der Arbeiterschaft abzuwehren.

In diese Lage kommen die Unternehmer sehr oft, und ihre zum Zwecke der Kreditnahme aufgestellten Betriebsangaben werden der gesamten Oeffentlichkeit zugänglich, wenn der öffentliche Geldmarkt zur Kreditgewährung herangezogen wird. In der Praxis spielt sich das etwa folgendermaßen ab. Ein Unternehmen braucht Geld und will sich dieses durch Ausgabe von neuen Aktien oder von Schuldscheinen, die zu einer bestimmten Zeit fällig sind (Obligationen) verschaffen. Es wendet sich zu diesem Zwecke an eine Bank oder an mehrere zugleich (Konsortium, denen nun die Aufgabe zufällt, von der gesamten Oeffentlichkeit das Geld hereinzuholen. Der Weg über zumindestens eine Bank ist gesetzlich vorgeschrieben. Der Geldgeber aber wird das betreffende Papier nur kaufen, wenn ihm über die Verhältnisse des Unternehmens genaue Auskunft gegeben wird. Das geschieht im Prospekt, den das Unternehmen dem Bankhause einreicht.

Schon aus dem Zweck, den der Prospekt zu erfüllen hat, nämlich den Geldbesitzer zur Geldhergabe zu bewegen, geht seine Bedeutung für die Beurteilung des Unternehmens hervor. Im Gegensatz zu den faden Geschäftsberichten ist hier meistens der wirkliche Stand der Gesellschaft ziemlich genau umrissen und die Erfolgsaussichten sind so dargestellt, wie sie der Geschäftsmann tatsächlich sieht. Ein recht imposantes Beispiel dafür bietet ein vor wenigen Monaten von dem größten Bergbauunternehmen, der Harpener Bergbau A.-G., veröffentlichter Prospekt, als die Gesellschaft für 40 Millionen Mark Obligationen Käufer suchte.

Es hieß da unter anderem: „Das stetige Wachstum der Gesellschaft ist großenteils aus Gewinnen finanziert worden ..." Das ist ein ganz unzweideutiges Eingeständnis, daß die Methode der Selbstfinanzierung stets in Uebung war; mit anderen Worten, daß auf Kosten des Arbeitslohnes der Auf- und Ausbau dieses Riesenkonzerns vorgenommen wurde, da in anderem Zusammenhange ebenfalls erwähnt ist, daß bisher angemessene Dividenden ausgeschüttet wurden, die auch zahlenmäßig angegeben worden sind. Weiter ist zu lesen: „Was das Jahr 1928 angeht, so wird die Geschäftsführung möglicherweise davon absehen, die Ausschüttung irgendwelcher Dividende vorzuschlagen, um die erzielten Gewinne in Reserve stellen zu können, im Hinblick auf die großen Ausgaben für Kapitalneuerwerbungen, welche die Gewinne des Jahres 1929 und der folgenden Jahre erheblich steigern dürften." Also nicht, wie es im Geschäftsbericht und in der unternehmerfreundlichen Presse hieß, weil dem Unternehmen nicht möglich war, wurde keine Dividende ausgeschüttet, sondern weil später dafür höhere Gewinne gemacht werden sollen. Hier steht es geschrieben, im Prospekt. Ebenso interessant ist, wie das Unternehmen im Prospekt die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten schildert: „Die Organisation und Konzentration der Ruhrgruben sowie die billige Wasserstraßenverbindung nach den wichtigsten dieser Exportmärkte dürfte ein stetiges Wachstum des Exportgeschäftes ... gewährleisten." „Die fundamentale Wichtigkeit der Kohlenindustrie im Rahmen des deutschen Wirtschaftslebens, die der genannten Industrie eine angemessene Behandlung von Seiten der Regierung sichert ..." Nichts davon, daß der Staat durch seine Eingriffe die wirtschaftliche Entwicklung hemmt, im Gegenteil, von ihm ist eine „angemessene Behandlung" zu erwarten. Dieser Satz, dessen Richtigkeit gar nicht zu bezweifeln ist, schlägt den immer wiederholten Behauptungen der Unternehmerpresse, der Staat schädige die Wirtschaft, geradezu ins Gesicht. Weiter liest man: „... daß die Gesellschaft die glänzende Rolle, die sie nahezu ohne Unterbechung während der dreiundsiebzig Jahre ihres Bestehens gespielt hat, auch in der Zukunft wird fortführen können." Und daß „die zur Zeit in der Durchführung befindliche Konsolidierung der Betriebe, die im Jahre 1930 beendet sein soll, die Produktionskosten noch weiterhin ermäßigen dürfte." Zusammenfassend sagt dann noch ein unparteiischer Gutachter am Schluß seiner Betrachtungen:

„... wir halten eine gewinnbringende Zukunft der Gesellschaft für definitiv sichergestellt."

Wo findet man die Sätze, wie sie eben zitiert worden sind, in Geschäftsberichten oder unternehmerlichen Presseäußerungen? Nirgends. Nur im Prospekt kommt ab und zu ein Stück betriebswirtschaftlicher Wahrheit ans Tageslicht. Neben den angeführten Sätzen, die sich mit dem finanziellen Stand des Unternehmens und seinen wirtschaftlichen Zukunftsaussichten befassen, sind Zahlenangaben, die in einem Prospekt gemacht werden, von doppeltem Wert. Es ist nämlich so, daß für die Richtigkeit der gemachten Angaben nicht nur das Unternehmen, sondern auch das Bankgeschäft, das die Vermittlung übernommen hat, haftbar ist. Ein Käufer, der sich auf diese Angaben verlassend, die ihm angebotenen Papiere in Besitz nimmt, kann, wenn ihr Kurs später sinkt, weil wahrheitswidrige Angaben gemacht worden sind, das Bankhaus schadenersatzpflichtig machen.

Da genaue betriebswirtschaftliche Angaben nur spärlich zu erhalten sind, ist es für den Gewerkschafter stets lohnend, die Prospekte, die über die verschiedensten Unternehmungen fast täglich erscheinen, zu studieren. Sie sind häufig eine Fundgrube wertvollen Materials, das im sozialen Kampfe, im Ringen um bessere Lohn- und Arbeitsgestaltung, mancherlei Dienste zu leisten vermag. V.

Martin Andersen Nexö

Zu seinem 60. Geburtstage.

Aus der Arbeiterschaft der europäischen Länder sind bisher nur ganz wenige Romanschriftsteller wirklich großen Formats hervorgegangen. Wenn wir von dem in verheißungsvollen Anfängen stehenden literarischen Schaffen der jungen deutschen und vor allem auch der jungen russischen Dichter absehen, um dem dichterischen Werk der älteren Generation Raum zu geben, so tritt fast allein würdig an die Seite des großen Russen Maxim Gorki der dänische Arbeiterdichter Martin Andersen Nexö. Der Dichter feiert am 26. Juni seinen 60. Geburtstag und blickt auf ein Leben erfolgreichen Schaffens zurück.

Andersen Nexö entstammt den untersten Schichten des dänischen Proletariats. Seine Kindheit verlebt er in dem ärmlichsten Arbeiterviertel der Hauptstadt Dänemarks Kopenhagen. Not und Sorge sind in der starkköpfigen Familie Andersen ständig zu Gast, und die Kinder müssen, kaum daß sie ihre Glieder recht zu gebrauchen verstehen, zum Unterhalt der Familie mit beitragen. Auch als die Familie im 9. Lebensjahre des Knaben Martin nach der Insel Bornholm übersiedelte, muß der Knabe dem Vater bei seiner schweren Steinhauerarbeit helfen. Oder er verdingt sich als Hütejunge, verrichtet Löscharbeiten am Hafen und hilft bei der Bergung von Strandgut. Aus der Kinderzeit nimmt Andersen unauslöschliche Eindrücke mit ins Erwachsenenalter. Da Andersen zum Besuch der Schule als Kind kaum Zeit gefunden hat, ist er unbeschwert vom Ballast des Wissens, das in der Schule gelehrt wird, und das Leben selbst kann mit harter Hand seine Erziehungsarbeit an dem Knaben vollenden.

Nach der Konfirmation steht er vor der Notwendigkeit, gänzlich für sich selbst sorgen zu müssen. Ein Jahr schwerer Knechtsarbeit auf einem Bauernhofe, dann geht Andersen zu einem Schuhmacher in die Lehre. Jetzt erwacht in ihm der Trieb sich zu bilden. Die Freundschaft zu guten Büchern vermag schnell das aufzuholen, was durch den mangelhaften Schulbesuch versäumt wurde. Der Schustergeselle findet sogar Gelegenheit zum Besuch einiger Hochschulen. Hier begegnen dem Suchenden endlich die Menschen, denen er sich anzuschließen bereit ist, die in ihm nicht den minderwertigen Proleten, sondern dem gleichberechtigten, gleichstrebenden Kameraden erblicken. Die Frucht des eifrigen Lernens ermöglicht ihm sogar eine vorübergehende Lehrtätigkeit an einer Schule. Krankheit und naher Tod werfen den nach immer höheren kulturellen Ausblicken strebenden jungen Menschen zeitweilig aus der Bahn. Reisen im Süden Europas, durch die selbstlose Hilfe von Freunden möglich gemacht, sollen den kranken Körper kräftigen, vermitteln aber zu gleicher Zeit tiefe Einblicke in die sozialen Verhältnisse anderer Länder und stärken die Ueberzeugung Andersens, der schon seit einigen Jahren an den sozialen Kämpfen des Proletariats lebhaft Anteil nimmt.

Erste literarische Versuche in seiner Hochschulzeit haben bereits zu beachtlichen Ergebnissen geführt. Aber die ihm eigene Form findet Andersen Nexö erst dann, als sich seine sozialen Erkenntnisse zu vertiefen beginnen und er an die Aufgabe herangeht, das Leben des arbeitenden Volkes zu schildern. Er braucht nicht erst hinabzusteigen in fremde Regionen; denn er beginnt das Leben zu schildern, das er selbst von seiner frühesten Jugend an gelebt hat. Zunächst veröffentlicht Andersen eine Reihe kleinerer Novellen, davon besonders der „Lotterieschwede", „Zwei Brüder", die „Bornholmer Novellen" und „Kinder der Zukunft" in Deutschland bekanntgeworden sind. Letzteres Buch wird auch besonders wertvoll durch das Vorwort, eine autobiographische Skizze, in der uns der Dichter von seinem harten, mühseligen Leben erzählt.

Mit besonderer Liebe und Aufmerksamkeit weiß Andersen Nexö die Welt des Proletarierkindes zu schildern, eine Folge der starken Empfänglichkeit, mit der er die Eindrücke der eigenen Jugendjahre in sich aufgenommen hat, und die er nun verarbeitet. In allem ist ihm aber auch ein geradezu köstlicher Humor eigen, der das trübe Milieu der geschilderten Verhältnisse erhellt. Die erste größere Erzählung Andersens, „Sühne", liegt auch in deutscher Uebersetzung vor. „Sühne" ist die Erzählung eines alten Einsiedlers, der früh in der Jugend durch Untreue Anlaß zu dem tragischen Selbstmord seiner Geliebten gab, der sein ganzes Leben hindurch bereut hat, und nun zu spät erkennt, daß Reue und Flucht aus dem Leben eine Tat nicht sühnen.

Die beste Schöpfung des Dichters ist aber ohne Zweifel sein Roman „Pelle, der Eroberer", wohl die größte soziale Dichtung, die überhaupt geschrieben wurde. In „Pelle" steckt nahezu die Arbeit zweier Jahrzehnte, ein Beweis dafür, mit welcher Liebe der Dichter an dieses Werk heranging. Pelle ist der Typ des proletarischen Menschen, der auszieht, um das Glück zu suchen, der sich trotz vieler Enttäuschungen immer wieder erhebt, und der den Kampf erst recht mit aller Kraft beginnt, wenn er erkannt hat, daß sein Schicksal ein Klassenschicksal ist, aus dem es nur eine gemeinsame Erhebung zu höherem Dasein gibt.

Wir erleben zunächst Pelles Jugend, die er, behütet von Vater Lasse, fernab von der großen Welt auf dem einsamen Steinhof in mühseliger Arbeit verbringt. Stück für Stück erobert sich der kleine Junge das Leben, in das er mutig und voller Hoffnungen hineinschreitet. Der erste Band des „Pelle" ist eine grandiose Schilderung des Landarbeiterlebens, wie wir sie ein zweitesmal kaum besitzen dürften.

Im zweiten Bande begleiten wir den kleinen Pelle in die Stadt, wo er zu einem Schuhmacher in die Lehre geht. Alle typischen Figuren eines kleinstädtischen Milieus treten uns hier entgegen. An ihnen formen sich Pelles Erkenntnisse, der in diesem Stadium des Daseins nicht erfüllt fand, was er erhoffte, und sich darüber hinaussehnte. Im dritten Bande sehen wir Pelle in der Großstadt. Der Dichter läßt den Leser hier die Welt des Industriearbeiters schauen, die Stätten schwerer Arbeitsfron, die düsteren Wohnhöhlen, das Glück und das Elend im Familienleben, Versammlungen, Demonstrationen, Aussperrungen und Streiks, Siege und Niederlagen. Pelle hat Anschluß an die Arbeiterbewegung gefunden. Er ist sogar einer der Führer geworden, der mit der Liebe, die ihm die Klassengenossen entgegenbringen, aber auch den Haß des mächtigen Klassengegners zu erdulden hat. Dieser Haß bringt Pelle jahrelang unschuldig ins Gefängnis. Zurückgekehrt, muß er von neuem den Kampf aufnehmen, und diesmal gewinnt er. Zunächst seine eigenen Angehörigen, dann durch ernsthaftes Studium den ersehnten Ausblick ins gesellschaftliche Leben und zuletzt den Wirkungskreis, in dem er in seiner Weise an der Gestaltung der künftigen Gesellschaft mitwirken darf. Pelle, der Eroberer, ist eine Symbolgestalt der gesamten kämpfenden Arbeiterschaft, die die Welt erobern will, und die mit der Gewißheit des Sieges immer wieder von neuem den Kampf aufnimmt, den Kampf um das Glück und die Befreiung des Menschengeschlechts.

Andersen Nexös Schaffen umfaßt noch eine Reihe weiterer großer Werke, die durchaus ebenbürtig an die Seite des „Pelle" treten können. Das gilt vor allem von dem umfangreichen Proletarierroman „Stine Menschenkind", dann auch von den Romanen „Ueberfluß" und „Die Familie Frank". Aus der Reihe der zahlreichen Novellen und Erzählungen sei hier nur noch genannt „Die Passagiere der leeren Plätze", eine harte Anklageschrift gegen die bürgerliche Gesellschaft.

Martin Andersen Nexö erlebt seinen 60. Geburtstag in denkbar bester körperlicher und geistiger Frische, und die proletarische Welt darf noch manche dichterische Gabe von ihm erwarten. Auch die deutsche Arbeiterschaft, die den Dichter sowohl in seinen Werken als auch in seinen zahlreichen Vorträgen kennengelernt hat, verehrt in Andersen Nexö den aufrechten Kämpfer, der auch in besseren sozialen Umständen die Zusammengehörigkeit mit der Arbeiterklasse bekundet, der Klasse, die den Menschen und Dichter gebar.

H. Wilhelm.

Turmbau von Babel

Einem Tyrannen waren sie untertan:
Die dreimal hunderttausend Sklaven:
Fronvögte trieben zur Arbeit an:
Böse Flüche — die Peitschen trafen!

Gefangene Krieger, unterjochte Stämme:
Trugen sie bitter die rasselnden Ketten.
Der Königstyrann will ein Denkmal bauen:
Um seinen schwankenden Thron zu retten.

Ein Turm soll es sein, das Monument,
Ein Turm: wie die Welt noch keinen sah —
Ein Turm: bis an des Himmels End:
Und oben drauf den Götzen Baa!

In den Steinbrüchen poltert Block um Block:
Ganze Berge werden versetzt —
Ochsenkarren mit hundert Joch —
Das Hebewerk wird mit Wasser genäßt

Höher und höher steigt der Turm,
Bitterer wird die Sklavenwut —
Da braust es auf: die Revolte, der Sturm:
Verzweiflung wird zu Löwenmut.

Rache. Vergeltung. Tod dem Tyrannen.
Feuer zerstört den Königspalast.
Freiheit und Freude den gestrigen Sklaven:
Sie haben sich brüderlich umfaßt!

M. Dortu.

Gesperrt:

1. Gau NO: **Heiligenbeil** für Steinsetzer, Ortsansässige werden nicht eingestellt, weil sie dem Verbande angehören. — **Stettin:** Firma Max Görsch. Die Firma umgeht die tariflichen Verpflichtungen.

2. Gau. In **Ohlau** für Steinmetzen die Firma Herleb.

5. Gau. In **Schüren** der Betrieb Fa. Karl Laches für Steinarbeiter. — In **Dortmund** die Betriebe für Grabmal- und Bausteinmetzen.

6. Gau. In **Karlsruhe** (Baden) das Grabsteingeschäft von H. Kromer. Nach Karlsruhe allgemein ist Zuzug unerwünscht, weil die minimale Lohnaufbesserung durch den Landesschlichter noch nicht unter Dach ist.

Streik:

1. Gau NW.: In **Ibbenbüren** im Betrieb Fa. Braunschweig (Steinarbeiter).

3. Gau. In **Wildschütz** (Bezirk Wurzen—Grimma) bei der Fa. Kirchhoff u. Wolf, Pflastersteinindustrie.

*

Erledigt:

5. Gau. Der Streik im Pflastersteinbetrieb Weyand zu **Mülheim-Ruhr.** — Der Streik in den **Bielefelder Kalksteinbrüchen.**

*

Zur Beachtung: Von **Sperren usw.** muß der Redaktion mindestens im **Zwischenraum** von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst **unterbleibt** die weitere Bekanntmachung.

Verbandstreue, den Jüngeren zum Ansporn. Am 19. Juni konnte unser, in Steinarbeiterkreisen gut bekannter Kollege, der Steinmetz **Johann Franz** aus Kaiserhammer auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verbande zurückblicken. Durch seine unermüdliche Agitation war es im Jahre 1906 möglich, unsere Zahlstelle ins Leben zu rufen, denn er war in unserem Bereiche damals der einzige, der sich Verbandsmitglied nennen konnte. Kollege Franz stellte sich stets in die Dienste unserer Zahlstelle **Höchstädt,** denn er hat nicht nur lange Jahre den Kassiererposten mustergültig verwaltet, sondern war auch längere Jahre Vorsitzender. Wir hoffen, daß es ihm vergönnt ist, noch recht lange in unseren Reihen zu wirken.

*

Das 25jährige Verbandsjubiläum beging am 12. Juni unser Kollege, der Steinsetzpolier **Arno Köhler, Wurzen.** In würdiger Weise wurde der Jubilar vom Vorstand der Zahlstelle Wurzen für die treue Mitarbeit im Verbande durch Dankesworte geehrt und ihm ein Ehrendiplom überreicht.

Zum Verbandstag. Die Nr. 24 des „Steinarbeiter" enthält einen Artikel des Kollegen K. Montag über Kampforganisation oder Unterstützungsverein, dem ich vollinhaltlich zustimme. Wenn die Alters- und Invalidenversicherung vom Verbandstage beschlossen wird, so wird das eine Last für alle Kollegen sein. Denn einen neuen Unterstützungszweig einführen, wo die alten Unterstützungen noch nicht richtig ausgebaut sind, ist auf keinen Fall ratsam, nicht allein, daß schon eine Beitragserhöhung von mindestens 30 Pfennig eintreten muß. Wo bleiben da die alten Grundsätze: „Der Verbandsbeitrag soll einen Stundenlohn nicht übersteigen"? (Das war noch nie Grundsatz im Steinarbeiterverband, aber üblich war leider, trotz Verbandstagsbeschlusses, den Beitrag möglichst unter dem Stundenverdienst zu halten. Red.) Wie steht unsere Erwerbslosenunterstützung im Verbande aus? Nach den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen kommt ein Steinsetzer oder Rammerkollege erst einmal wieder in einem Zeitraum von 2 bis 3 Jahren in den Genuß der Kranken- und Erwerbslosenunterstützung, sowie Unterstützung auf der Reise. (Siehe Nr. 10 des Nachtrags im Statut.) Denn man muß Glück haben, wenn man 26 Wochen im Jahre arbeitet, eventuell treten noch Verschlechterungen im Erwerbslosengesetz ein, und dann liegen die meisten Kollegen der Fürsorge zur Last. Im Statut, Abs. 11 des Nachtrags heißt es: Mitglieder, die die Unterstützung hintereinander bezogen haben und ausgesteuert sind, haben erst nach 65 Wochen und nach 60wöchiger voller Beitragsleistung wieder Anspruch auf Unterstützung. Also, wie schon angeführt, bleibt ein Kollege 2 bis 3 Jahre ohne eine Unterstützung vom Verband. Die Herren Beamten und Angestellten merken ja nichts von Erwerbslosigkeit, denn sie werden ja nie erwerbslos, sie stehen ja in Lebensstellung. Ich glaube auch, daß wir keinen Beamten mehr haben, der weniger als 100 Mark pro Woche gehabt hat, ohne die Reisespesen. Das ist zu hoch im Verhältnis zu dem Verdienst der gewöhnlichen Proleten. 75 Mark pro Woche, im Jahre 3900 Mk., würde vollauf genügen. Denn größtenteils haben unsere Beamten noch Pöstchen als Reichstags- oder Landtagsabgeordnete oder sonstige Aemter, die nicht auf ihren Gehalt berechnet werden, also für diese überschießenden Gehälter könnten manche andere soziale Verbesserungen für alle Kollegen geschaffen werden. Weiterhin muß auf dem Verbandstage einmal ganz energisch zu der Verschmelzungsfrage mit dem Deutschen Baugewerksbund Stellung genommen werden. Dadurch wird schon ein großer Teil Beamten erübrigt. Wenn man die Jahresabrechnung unserer Organisation gelesen hat und feststellen muß, daß wir einen ganzen Teil Defizit in der Hauptkasse haben, so muß man zu der Ueberzeugung kommen: Abbau der Beamten oder Verschmelzung mit dem Deutschen Baugewerksbund. (Red.: Die Verschmelzungsfrage ist auf unserem Verbandstage schon mehr wie einmal erledigt worden. Doch abgesehen davon, behauptet Kollege Voigt Unwahres in bezug auf das Verbandsdefizit. Am Jahresanfang 1928 war Kassenbestand 1 699 412,44 Mark und am Jahresschluß 1 933 491,67 Mark. Das ist doch sicherlich kein „Defizit"? (Siehe Jahresabrechnung in Nr. 13 des „Steinarbeiter".) Allerdings haben wir in diesem Jahre im 1. Quartal, siehe Abrechnung auf der 4. Seite heutiger Zeitung, mehr Ausgabe wie Einnahme im Quartal. Wenn 77 Prozent der Mitglieder erwerbslos waren, ist das nichts Ueberraschendes. Doch von dieser Abrechnung hatte Kollege Voigt keine Ahnung, da sie erst heute veröffentlicht wird. In seinem Artikel schreibt er ja auch nur vom Jahre 1928 und behauptet unwahres.)

Ich bin Gegner von derartigen sozialen Unterstützungen. Nur Kampforganisation, denn warum dem Staate alle Lasten abnehmen und uns aufhalsen? Der Staat ist Schuld an der Verelendung der Proleten, denn ein jeder Staatsbürger hat ja nach der deutschen Reichsverfassung das Recht zum Leben. Die Erhöhung der Verbandsbeiträge ist eine schwere Last für alle Kollegen, also empfehle ich Ablehnung der Alters- und Invalidenversicherung und Verschmelzung mit dem Deutschen Baugewerksbund, Regelung der Beamtengehälter auf den Lohn eines qualifizierten Arbeiters. Ich hoffe, daß die Kollegen, die als Delegierte zum Verbandstag kommen, sachliche und gute Arbeit leisten im Interesse der Organisation.

W. Voigt, Weißenfels a. d. S.

Anmerkung der Redaktion: „Sachliche und gute Arbeit leisten" auf dem Verbandstag, so empfiehlt allen der Kollege Voigt aus Weißenfels. Wenn man aber anderen so etwas anratet, muß man vor allem selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Schauen wir uns daraufhin seinen Artikel etwas an. Kollege Voigt ist da gegen alle Unterstützungseinrichtungen und im selben Atemzug erhebt er große Beschwerde, daß nicht genug an Unterstützungen herausgeholt werden kann. Das verstehe wer mag! Jeder Beschwerdeführer hat doch erst zu prüfen: Was hast du geleistet und was erhälst du zurück? — In bezug von Unterstützung muß doch schließlich wieder eine Unterbrechung kommen und wer seinen Teil heraus hat, muß selbstverständlich erst wieder etwas leisten? — Wer das nicht begreift, mit dem ist überhaupt nicht zu diskutieren, der begreift auch manches andere nicht, auch nicht, daß die Verbandsangestellten nun einmal nötig sind und entsprechend entlohnt werden müssen. Von Gemütstiefe scheint Kollege Voigt auch nicht besonders angekränkelt zu sein, denn er wünscht die Schaffung anderer „Sozialen Verbesserungen" auf Kosten der Angestelltengehälter. Ueber solche Vorschläge muß man natürlich staunen, sie scheinen das Produkt sehr tiefen Nachdenkens zu sein. Auf derselben Höhe steht auch die Bemerkung: „Der Staat ist Schuld an der Verelendung der Proleten." Es gibt Aussprüche, die man nicht zu widerlegen versucht, weil sie durch die wirklichen Tatsachen erledigt werden, auch wenn sie in der Behauptung etwas kreuz und quer laufen. Davon enthält der kritisierte Artikel mehrere.

Wenn nun die Aussprache vor dem Verbandstage auf der Höhe bleiben soll, dann möchten nicht in derselben Art wie im vorstehenden Artikel des Kollegen Voigt so allerhand und allerlei Wald- und Wiesenbegründungen gegen die Alters- und Invalidenversicherung im Verband angeführt werden, damit wird der Sache selbst (der Klärung) nicht gedient. Im übrigen möchte kein Einsender übersehen, daß der Redakteur bei dieser „Artikelaussprache" eine ähnliche Funktion hat wie ein Versammlungsleiter und auch bei gegebenen Fällen als solcher handelt und einschreitet. Nötig ist das aber nicht bei entsprechender Debatte und gern macht man das auch nicht. Also! —

*

Unter der Parole „Kampforganisation oder Unterstützungsverein" macht es sich Kollege K. Montag in Nr. 24 des „Steinarbeiter" ebenso leicht, gegen die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung in unserem Verband zu agitieren, wie Kollege Wolf mit seinem 50-Pfennig-Beitrag für deren Einführung. Was spricht nun gegen die Einführung dieser Versicherung? Kollege Montag sagt, wir büßen dadurch unsere Kampfesstärke ein und sinken zu einem Unterstützungsverein herab. Das bezweifle ich aber sehr. Die Voraussetzung einer Organisation zur Kampforganisation ist vor allem die Erfassung möglichst aller Berufskollegen im Verband, möglichst hohe Beiträge und Verbandstreue. Es gibt leider nicht wenige Kollegen, die bei irgendeiner Gelegenheit ihre Zugehörigkeit zum Verband lösen, um dann gelegentlich wieder beizutreten, wenn sie nicht anders können. Ein Teil unserer Mitglieder ist doch nur dabei, wenn es etwas zu holen gibt, aber sehr schnell fort, wenn sie etwas leisten sollen.

Nun zur anderen Seite. Was spricht für die Einführung der Versicherung? Daß in absehbarer Zeit von Reichs wegen ein Ausbau der sozialen Versicherungen zustandekommt, wird niemand, der einigermaßen mit den politischen Verhältnissen vertraut ist, glauben. Im Gegenteil, die Sozialreaktion ist heute soweit, einen Abbau dieser Versicherungen ernstlich zu erwägen; da ist es Pflicht der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterparteien, mit allen Mitteln das zu halten, was wir haben, aber mehr zu holen, halte ich bei der heutigen politischen Unreife eines großen Teiles der Arbeiterschaft für unmöglich. Was ist nun das Nächstliegende? Hilf dir vorläufig selbst, bis die Arbeiterschaft so reif ist, ihre Forderungen im Parlament durchzudrücken. Es ist Pflicht jedes aufgeklärten Kollegen, dahinzuwirken und nicht zu erlahmen. Dann brauchen wir vielleicht unsere eigenen Unterstützungen nicht mehr. Von vielen Kollegen, die nicht so fest überzeugt sind von der Macht der gewerkschaftlichen Organisation, verweisen unsere Funktionäre immer auf andere Verbände, was die in Unterstützungssachen leisten, z. B. Erwerbslosenunterstützung schon bei 52 Wochenbeiträgen usw.

Die Alters- und Invalidenunterstützung innerhalb unseres Verbandes soll in erster Linie der Unterstützung der invaliden und alten Kollegen dienen und soll zweitens ein Bindemittel an den Verband darstellen, um die Verbandstreue zu pflegen. Ich behaupte, daß jene Mitglieder, die die Anwartschaft auf diese Unterstützung erreicht haben, diese nicht leichtsinnig aufs Spiel setzen, sondern Dauermitglieder werden und höhere Beiträge leisten, allein schon um dadurch mehr herauszuholen. Mit diesen Zuständen müssen wir leider rechnen. Trotzdem ich auch lieber den Weg gehen wollte, den Kollege Montag aufzeichnet. Aber wir müssen, ob es uns gefällt oder nicht, mit der Unreife eines Teils der Kollegen rechnen und dem Grundsatz huldigen: der Zweck heiligt das Mittel! Ich glaube, wenn wir die Alters- und Invalidenversicherung einführen und dadurch mehr Mitglieder, vor allem bleibende, bekommen und diese höhere Beiträge zahlen, wir an der Kampffähigkeit unseres Verbandes nichts einbüßen, im Gegenteil, diese wird dadurch gehoben.

Aus diesen Gründen bin ich für die Einführung der Versicherung und weiter auch für den Ausbau der Erwerbslosenunterstützung. Natürlich müssen auch die Mittel bewilligt werden.

Otto Ziesche, Sohland a. d. Spree.

*

In Nr. 24 des „Steinarbeiters" erschien eine Stellungnahme zu weiteren Unterstützungseinrichtungen in den Gewerkschaften. In dem Sammelwerk Adolf Brauns steht unter „Die Gewerkschaften" (Ausgabe 1914, S. 157):

„Darüber dürfen wir aber nicht vergessen, daß der Arbeiter in die Gewerkschaften eintritt mit Hoffnungen auf bessere Arbeitsbedingungen, auf Erhöhung der Löhne, auf Verkürzung der Arbeitszeit, die ihm von den Gewerkschaften erobert werden sollen, die ihm in Aussicht gestellt wurden, als er für die Gewerkschaften gewonnen wurde."

Also eine Kampforganisation soll die Gewerkschaft sein. Gibt es heute noch was zu kämpfen? Wir stehen im Stadium der Massenverelendung. Die Mecklenburger Steinarbeiter nicht zuletzt können dieses Lied pfeifen. Ausbeutung von Menschenkraft blüht wie eine üppige Giftpflanze. Der Kampf gegen dieses Proletenlos ist Aufgabe der Gewerkschaft. Unterstützung dürfte diese nur zahlen bei Streiks, Maßregelung und Reise. Es ist Aufgabe der proletarischen Parteien, im Reichstage dahin zu wirken, daß ein ausgemergelter Prolet in seinem Alter ausreichend unterstützt wird und imstande ist, von seiner Rente zu leben. Die Gewerkschaften dürfen keine Altersversicherung schaffen auf Kosten der Beitragszahler. Dem Staat die Pflicht, für Alte und Invalide hinreichend zu sorgen, zu entreißen, wird sich einst schwer rächen. Darum Hände weg von der Gewerkschafts-Alters- und Invalidenversicherung. Kampforganisation, nicht Unterstützungsverein!

W. Pfeiffer, Stargard in Mecklenburg.

*

Auch meine Ueberzeugung geht gegen die Einführung der Alters- und Invalidenunterstützung. Dennoch dürfen wir nicht den Antrag dem Zentralvorstand zum Vorwurf machen oder wie Kollege Montag ausführt, ablehnen, denn die Einführung dieser Unterstützung ist für unsern Verband ebenso nötig wie alles andere in bezug auf die Agitation. Andere Verbände sind uns in dieser Beziehung voraus. Deshalb wird es uns schwer fallen, unsere Kollegen dauernd dem Verband zu erhalten bzw. neue hinzugewinnen. Wir müssen unsere Unterstützungen den anderen Verbänden gleichstellen! Eine Unterbindung des Unterstützungswesens kann nur vom ADGB erfolgen. Das heißt, er kann nur anraten, weil ja jeder Verband durchaus selbständig ist in seinen Beschlüssen und Einrichtungen. Vielleicht wären die Unterstützungen international anzustreben? — In Deutschland sind wir mit der Sozialgesetzgebung voraus. Die Behauptung, daß uns die gewerkschaftlichen Arbeitslosen- oder Invalidenunterstützung im Kampf hinderlich ist, trägt ein Körnchen Wahrheit in sich.

M. König, Camina b. Bautzen.

Die Gefahren der Steinbrucharbeit. Im Betriebe der Firma Karl Kraemer in **Schüren** ereignete sich am 17. Juni ein schwerer Unglücksfall. Der Bohrer Karl Jelinic und der Arbeiter Gustav Gabel, die mit Bohrarbeiten beschäftigt waren, kamen auf bisher ungeklärte Weise unter herabstürzende Steine und erlitten erhebliche Verletzungen. Die nähere Untersuchung ist eingeleitet. Die Verunglückten fanden Aufnahme im Krankenhaus zu Hörde.

In Naundorf bei Freiberg betreibt der Großbauer Herr Hugo Claußnitzer auch einen Pflaster- und Schottersteinbruch. Herr Claußnitzer hat hinsichtlich der tariflichen und gesetzlichen Verpflichtungen seiner Arbeiterschaft gegenüber ganz eigenartige Ansichten. Er mußte deshalb von den Arbeitern mit Hilfe der Gewerkschaften schon oft zur Ordnung gerufen werden und auch beim Arbeitsgericht Freiberg ist er nicht mehr ganz unbekannt. Trotzdem er dort immer den kürzeren gezogen hat, versucht er immer wieder, sich um tarifliche Bestimmungen herumzudrücken.

Nach dem Tarifvertrag haben zum Beispiel Arbeiter, wenn sie durch einen in ihrer Person liegenden Grund ohne eigenes Verschulden an der Arbeit verhindert sind, Anspruch auf eine Entschädigung von 2 Stunden pro Lohnwoche.

Ein Arbeiter, der kürzlich im Betriebe verunglückte, machte die Bezahlung dieser 2 Stunden auch geltend. Herr Claußnitzer denkt aber gar nicht daran, diese berechtigte Forderung auch zu erfüllen. Die Brechmaschinen in einem modernen Schotterwerk arbeiten mit großer Staubentwicklung; deshalb ist eine Bestimmung im Tarifvertrag enthalten, wonach die an den Brechmaschinen Arbeitenden eine Staubzulage zum Stundenlohn zu erhalten haben. Auch deswegen gibt es mit Herrn Claußnitzer fortgesetzte Differenzen und er versucht mit allen Mitteln, um die Bezahlung dieser Staubzulage herumzukommen. Einige besonders tüchtige Arbeiter hatten einige Pfennige über den Tarifmindestlohn erhalten. Ohne ersichtlichen Grund und ohne jede Ankündigung hat er den betreffenden Arbeitern die übertarifliche Zulage abgezogen. Auch hierüber dürfte das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Am meisten scheint ihn aber zu ärgern, daß ein Betriebsrat besteht und dieser Betriebsrat auch versucht, seine Pflichten zu erfüllen. So oft der Betriebsratsvorsitzende bei Herrn Cl. vorstellig wird und Abstellung von irgendwelchen Mißständen fordert, ist Claußnitzers ständige Antwort: „Quatschen Se mich nur nich mehr an, sunst fliechen Se naus." Er hat aber noch viele andere solche unversälschte Bliemchen-Ausdrücke auf Lager, mit denen er sich seinen Arbeitern gegenüber möglichst lächerlich macht.

Wir raten Herrn Cl., sich einmal vom Syndikus des Arbeitgeberverbandes eine kleine Vorlesung über die tariflichen und gesetzlichen Verpflichtungen, die er den Arbeitern gegenüber zu beachten hat, halten zu lassen, denn sonst kann es ihm passieren, daß der Betrieb eines schönen Tages aushakt und das zu einer Zeit, die ihm nicht gerade passend ist. Allzu scharf macht schartig!

Gumbinnen. Versammlung. Auf Tagesordnung stand: Stellungnahme zur Wahl der Betriebsräte, Bekanntgabe des Resultates von der Krankenkassenwahl, Lohnverhandlung, Wahl eines Hilfskassierers. Als Betriebsräte wurden die Kollegen Hillbrunner und Pernau in Vorschlag gebracht. Dann gab Kollege Becher und Kroeck Bericht von der Krankenkassenwahl. Trotzdem ein Teil der Arbeitnehmer nicht gewählt hat, können wir mit dem Ausgang der Wahl zufrieden sein. Kollege Becher gab auch Bericht über den Ausgang der letzten Lohnverhandlung. Mit Hilfe des Bezirksleiters, Kollege Casper, konnten wir den Unternehmern eine kleine Lohnerhöhung abringen, die aber bei weitem nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht. Der Stundenlohn ab 1. Juni 1929 beträgt für Steinsetzer 1,42 Mark, für Rammler 1,04 Mark, für Hilfsarbeiter 10 Pfennig über Tiefbaulohn. Dazu kommt eine Auslösung von täglich 1.50 Mark als Wegevergütung bei 4—10 Kilometer außerhalb der Stadtgrenze, ein Stundenlohn. Dieses Lohnabkommen gilt nur für den Regierungsbezirk Gumbinnen bis zum 31. März 1930. Zum Hilfskassierer wurde Kollege Herrmann gewählt. Auf Antrag des Kollegen Hillbrunner wurde beschlossen: Die Kollegen, die wiederholt dem Verband beitreten, haben eine Geldbuße für die Lokalkasse zu leisten und zwar Steinsetzer 50 Mark, Rammer 35 Mark und Hilfsarbeiter 20 Mark. Nach kurzer Aussprache über Verbandsangelegenheiten hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Hamburg. Generalversammlung der Steinarbeiter Hamburgs am 13. Juni 1929. Tagesordnung: 1. Gaukonferenz, 2. Beitragsregelung, 3. Sommervergnügen, 4. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die verstorbenen Kollegen A. Prieß, Nachtigall und Wichert durch Erheben von den Plätzen geehrt. — Nach Verlesen des Protokolls der letzten Versammlung gibt der Kollege Neumann die Erklärung ab, daß ursprünglich die Wahl des Vorstandes als 1. Punkt auf der Tagesordnung stehen sollte, da sich aber der Kollege Gumbinger bereitgefunden hat, die Kassierung bis 1. Oktober 1929 weiterzuführen, so wird der Punkt „Wahlen" durch Abstimmung von der Tagesordnung abgesetzt. — Nunmehr Punkt 1, Gaukonferenz: Neumann macht bekannt, daß alle Anträge bis 25. Juni bei A. Göckemeyer einzureichen sind, da die Gaukonferenz am 29. Juni 1929 in Hamburg stattfindet. Es folgt die Wahl der Delegierten, Steinmetzen und Marmorarbeiter je 2, Steinsetzer 6, zusammen 10 Delegierte, es werden gewählt für die Steinmetzen und Marmorarbeiter: Neumann, Mildner, Beigang und Tieseler, für die Steinsetzer: Voß, Hobusch, Violetti, Meins, Schley und Blunk, damit ist Punkt 1 erschöpft. 2. Beitragsregelung: Dieser Punkt geht nicht so glatt vonstatten, zunächst verliest Neumann die von der Zentrale eingegangenen Schreiben, er führt den Kollegen vor allen Dingen die enormen, durch Streiks, Krankenunterstützung und für Erwerbslosigkeit verausgabten Summen vor Augen. In der hierauf folgenden Diskussion bricht ein Sturm der Entrüstung von der Opposition los, sie ist gegen jede Beitragserhöhung, begründet durch das Verhalten der Zentrale bei unserem Streik, einige Kollegen versuchen diese Gegensätze zu überbrücken, der gesamte Vorstand sowie viele andere Kollegen reden den bestehenden Statuten das Wort, jedoch ohne Erfolg. In der sich anschließenden Abstimmung unterliegt der Vorstand und die das Verbandsstatut hochhaltenden Kollegen, somit ist eine Beitragsregelung abgelehnt. 3. Sommervergnügen: Kollege Neumann gibt bekannt, daß die Hilfskassierer neben dem Vorstand das Vergnügungskomitee stellen, die Vorarbeiten werden getroffen. Das Fest findet am 24. August 1929 im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Unter „Verschiedenes" wird infolge der vorgerückten Stunde nicht mehr das Wort ergriffen.

Langenselbold. Am 26. Mai d. J. fand unsere Mitgliederversammlung statt. 30 Kollegen waren anwesend. Tagesordnung: Bericht von den Lohnverhandlungen in Frankfurt a. M. und Hanau und Verschiedenes. Der Vorsitzende eröffnete nach der üblichen Begrüßung die Versammlung, worauf dann Kollege Steinbrecher Bericht über die Verhandlungen erstattete. In ausführlicher Weise schilderte er die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen und deren Resultat. In „Verschiedenes" wurde über Junggesellenlöhne, auch über Beitragserhöhung genügend gesprochen. Ferner wurde der Neubau des Gewerkschaftshauses in Frankfurt a. M. erwähnt und aus der Mitte der Versammlung der Antrag eingebracht, daß die Zahlstelle sich in finanzieller Hinsicht nicht an dieser Sache beteiligt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Es kamen dann noch örtliche Sachen zur Sprache. Der Vorsitzende gab beim Versammlungsschluß der Hoffnung Ausdruck, daß die Kollegen bei der nächsten Versammlung vollzähliger erscheinen.

Schwindler am Werk. Aus verschiedenen Landesteilen wird neuerdings gemeldet, daß Schwindler unter Angabe falscher Namen versuchen, Prämiengelder von den Versicherten der Volksfürsorge zu erheben. Zur Empfangnahme von Prämien sind nur Beauftragte der zuständigen Rechnungsstellen der Volksfürsorge berechtigt, sofern sie die für jeden einzelnen Versicherten besonders ausgestellte Prämienkarte, die die Versicherungsnummer und den Namen des Versicherten trägt, in Händen haben. Als Quittung für die laufende Prämie dient in jedem Falle eine vorgedruckte Quittungsmarke für den Zeitabschnitt, für den die Prämie entrichtet wurde. Andere Quittungen, insbesondere handschriftlich ausgestellte, sind ungültig. Ist der zuständige Einkassierer nicht im Besitze der ord-

nungsgemäßen Prämienquittung, dann sind die Prämien auf den Rechnungsstellenbureaus der Volksfürsorge zu zahlen oder auf das Postscheckkonto des Unternehmens zu überweisen.

Tagung des Verbandes für die Pflasterstein- und Schotterindustrie. Der Reichsverband der Deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie, E. V., der nahezu 90 v. H. der gesamten Betriebe dieses Wirtschaftszweiges umfaßt, hielt seine diesjährige Jahreshauptversammlung am 5. und 6. Juni in Bad Harzburg ab. Wir entnehmen über diese Tagung der Fachpresse nachstehenden Bericht, obgleich dieser manches andeutet, wogegen wir bereits früher eine gegenteilige Meinung geäußert haben. Aufmerksame Leser des „Steinarbeiters" werden das schon herausfinden und den Bericht auch lediglich als Information ansehen:

In der geschlossenen Versammlung am 5. Juni wurden die „Regularien" erledigt und die Vorstandswahl vorgenommen. Anschließend fand eine eingehende Aussprache über die die Industrie bedrückenden Fragen (Absatzmangel, Lohnhöhe, Preisdruck, Auslandskonkurrenz, Frachtenhöhe) statt, die den Ernst der Notlage der Industrie deutlich widerspiegeln ließ.

In der öffentlichen Versammlung am 6. Juni begrüßte der Vorsitzende des Reichsverbandes, Dr.-Ing. e. h. Klefenz, Darmstadt, die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Reichsbahn, der Baubehörden, der wissenschaftlichen und technischen Institute und der Industrieverbände. Er wies hierbei auf die mißlichen Wirtschaftsverhältnisse hin, die durch die unzureichenden und teilweise ungleichmäßigen Aufträge der bauverpflichteten Behörden und der Reichsbahn, durch den trotz unaufhaltsam steigender Löhne fortbestehenden Preisdruck (60—70 v. H. Lohnanteil am Verkaufspreis), die hohen Frachten und den steigenden Wettbewerb der ausländischen Steinindustrie auf dem deutschen Markte bedingt seien. Er richtete an alle Regierungsstellen die dringende Bitte, die Industrie in ihrem schweren Existenzkampf nachdrücklichst zu unterstützen, da die geschilderten Einflüsse im Verein mit den hohen untragbaren Steuern und sozialen Lasten die altangesessene und bodenständige Industrie mit ihren 70 000 Arbeitern zu erdrücken drohe.

Im Anschluß hieran machte Dr. Kulenkampff, MdR., Magdeburg, Ausführungen über das Thema: „Staat, Wirtschaft, Steuern". Regierungspräsident a. D. Brauweiler, Geschäftsführendes Präsidialmitglied der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände E. V., Berlin, sprach über: „Sozialpolitische Gegenwartsfragen".

Den letzten Vortrag über das Thema: „Umbau und Finanzierung der Landstraßen" hielt der Beigeordnete des Deutschen Landkreistages Dr. Heymann, Berlin. Er schilderte die großen Fragen, welche die Wegeunterhaltungspflichten zurzeit beschäftigen, vor allen Dingen die Frage der Anforderungen an den Straßenbau und die Finanzierung durch Steuern und Anleihen. Auch auf die in der Oeffentlichkeit neuerdings viel behandelte Frage der Organisation der Verwaltung ging er näher ein. Von besonderem Interesse war die Feststellung, daß Wirtschaftlichkeit im Straßenbau nur zu erreichen sei, wenn, wie früher, zum Um- und Neubau Anleihen zur Verfügung gestellt würden. Die laufenden Erträgnisse der Kraftfahrzeugsteuer und der übrigen allgemeinen Steuern reichen nicht aus, um der Entwicklung des Kraftwagenverkehrs nachzukommen.

Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Quartal 1929

Einnahme:

Eintrittsgeld	1 887.30
Beiträge	338 774.90
Erwerbslosenmarken	26 263.90
Extrasteuern (Kampffonds)	9 208.90
An die Zahlstellen gelieferte Material	2 046.55
Abonnements und Inserate	2 304.11
Sonstige Einnahmen, Zinsen und dergl.	24 839.01
Akontozahlung der Zahlstellen auf 2. Quartal 1929	66 367.97
Summa:	Mk. 471 692.64

Ausgabe:

Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:		
a) Gauleitungen	44 710.38	
b) Zentralvorstand	1 639.20	
c) Zuschuß für Lokalangestellte	29 730.41	
d) Lohnverhandlungen und -bewegungen	334.80	
e) Tarifamtssitzungen, Tarifberatungen (Reichs- und Bezirkstarife)	6 569.39	82 984.18
Für Unterstützungen:		
a) Erwerbslosenunterstützung am Ort	425 164.40	
b) „ auf der Reise	409.40	
c) „ bei Krankheit	76 602.65	
d) Streikunterstützung	11 223.75	
e) Gemaßregeltenunterstützung	305.30	
f) Sterbeunterstützung	6 706.50	
g) Notfallunterstützung	2 490.00	
h) Rechtsschutz	2 620.50	525 522.50
Für Verwaltung (persönliche):		
a) Gehalt	18 882.40	
b) Versicherungsbeiträge	5 878.05	
c) Revisionen und Vorstandssitzungen	760.40	
d) Verbandsausschuß	30.00	
e) Mankogeld	75.00	25 625.85
Für Verwaltung (sachliche):		
a) Bureaumiete, Heizung, Reinigung, Licht	1 485.04	
b) Telephon, Schreib- und Packmaterial	843.72	
c) Porto, Bestellgeld, Strafporto	2 099.39	
d) Neuanschaffungen und Reparaturen	650.96	
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinderarbeit, Stempel	6 695.15	
f) Steuern, Versicherung	3 055.50	
g) Postscheckgebühren	147.75	
h) Sonstige Ausgaben	6 302.89	21 280.40
Für Verbandsorgan:		
a) Redaktion	1 667.70	
b) Honorar für Mitarbeit	1 511.10	
c) Druckkosten und Papier	23 351.75	
d) Expedition	660.00	
e) Porto, Bestellgebühren	9 499.12	
f) Adressen und Packmaterial	106.75	
g) Gewerkschaftliche Frauenzeitung	51.36	
h) Abonnementsgelder zurück	417.50	37 265.28
Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	343.85	
Kulturbeitrag und Unterrichtskurse	21 525.49	21 869.34
Sonstige Ausgaben:		
Beitrag an den ADGB.	4 446.00	
Beitrag an das Internat. Sekretariat	124.45	
Delegationen und Konferenzen	3 437.75	
Guthaben der Zahlstellen vom 4. Quartal 1928 zurück	9 852.46	17 860.66
Summa:		Mk. 732 408.21

Bilanz.

Bestand am Schlusse des 4. Quartals 1928		1 933 491.67
Einnahme im 1. Quartal 1929		471 692.64
Bestand und Einnahme im 1. Quartal 1929		2 405 184.31
Ausgabe im 1. Quartal 1929		732 408.21
Bestand am Schlusse des 1. Quartals 1929		1 672 776.10
Davon waren beim Abschluß in der Hauptkasse	1 611 355.47	
den Gaukassen	22 102.29	
den Lokalkassen	39 318.34	1 672 776.10

Leipzig, den 8. Mai 1929. Ludwig Geist, Kassierer.

Die Revisoren:
gez. Joseph Neumüller, Gottfried Geiger, Kurt Weber.

Abrechnung der Zahlstellen vom 1. Quartal 1929

Einnahme:

An die Hauptkasse nicht abgeführte Gelder	39 318.34
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken	83 555.10
Sonderzuschlag auf die Beitragsmarken	20 407.00
Sonstige Einnahmen	19 970.51
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	9 852.46
Summa:	Mk. 173 103.41

Ausgabe:

Erwerbslosenunterstützung am Ort	32 898.15
„ auf der Reise	2579.20
„ bei Krankheit	11 397.85
Streikunterstützung	1 038.40
Gemaßregeltenunterstützung	42.60
Sterbeunterstützung	1 508.60
Notfallunterstützung	5 579.35
Rechtsschutz	121.18
Verwaltung (persönliche)	36 042.04
(sachliche)	23 765.15
Agitation	5 655.33
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	19 789.79
Delegationen und Konferenzen	14 600.60
Sonstige Ausgaben	11 906.43
Guthaben bei der Hauptkasse	66 367.97
Bestand der Hauptkasse zurück	85 528.08
Summa:	Mk. 318 820.72

Bilanz.

Bestand am Schlusse des 4. Quartals 1928	557 173.56
Einnahme im 1. Quartal 1929	173 103.41
Bestand und Einnahme im 1. Quartal 1929	730 276.97
Ausgabe im 1. Quartal 1929	318 820.72
Bleibt Bestand am Schluß des 1. Quartals 1929	411 456.25
Davon gehören der Hauptkasse	39 318.34
Bleibt Bestand der Lokalkassen	Mk. 372 137.91

Ludwig Geist, Kassierer.

Achtung, Ortskassierer! Um Unannehmlichkeiten und Mißbräuche zu vermeiden, ist es nötig, daß die in die Mitgliedsbücher und -karten geklebten Marken durch Abstempelung entwertet werden. Es kann vorkommen, daß den zum Unterstützungsbezuge berechtigten Kollegen die Unterstützung vorenthalten wird, weil die von ihnen geleisteten Marken nicht ordnungsgemäß abgestempelt sind. Auf der Reise befindlichen Kollegen ist es schon so gegangen in dem durchaus anzuerkennenden Bestreben einiger Kassierer die Verbandskasse vor mißbräuchlicher Inanspruchnahme zu bewahren. Stempelt daher die geklebten Marken ab!

Berlin

Jungsteinsetzer und Berufsschule! Nach dem Schulstreik der Berliner Berufsschüler wurde im Jahre 1923 mit Datum vom 5. April eine Verordnung des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe, Siering, erlassen. Diese Verordnung schreibt über die Wahl von Schulvertrauensleuten folgendes vor:

1. Vertrauensleute: Jede Klasse hat innerhalb der ersten 4 Wochen des Schuljahres ein bis zwei Vertrauensleute in geheimer Wahl zu wählen. Die Vertrauensleute haben die Aufgabe, das kameradschaftliche Verhalten der Schüler zueinander zu fördern und den Geist der Arbeitsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft in der Klasse zu pflegen, sind befugt, den Lehrern Wünsche und Anregungen der Klasse zu übermitteln und etwaige Beschwerden vorzubringen.

2. Schülerausschuß: An jeder Schule ist ein gemeinsamer Schülerausschuß von 3 bis 7 Mitgliedern aus den Vertrauensleuten, unter einem Obmann zu bilden. Dieser Ausschuß hat die gleichen Aufgaben für die Schule zu erfüllen, wie die Vertrauensleute in den einzelnen Klassen.

Kollegen, auf dem Bau und in der Schule müssen wir für die Verwirklichung dieser Verordnung agitieren. **Aufgabe jedes Kollegen ist es, bei den kommenden Klassen**vertrauensleutewahlen nur freigewerkschaftlich organisierte Kollegen für diese Funktionen zu wählen.

Lehrkollegen Berlins, erscheint in der nächsten Steinsetzerlehrlingsversammlung (siehe Anzeige im heutigen „Steinarbeiter") und berichtet hier über die Zustände in den einzelnen Berufsschulklassen, damit wir gemeinsam mit den erwachsenen Kollegen, die als Berufsschulbeiräte fungieren, evtl. Mißstände bekämpfen und eine Besserung herbeiführen. Also Berliner Kollegen, alle vertreten in der nächsten Steinsetzerlehrlingsversammlung. K. Sch.

Adressenänderungen

1. Gau (NO): **Labes.** Vors. und Kass.: August Klück, Baustr. 33. — **Darkehmen.** Vors.: Franz Schmittert, Gudwallerstr. 40.
4. Gau: **Klötze.** Vors.: Andr. Fürstenberg, Schulstraße 40. Kass.: Adolf Kersten, Grünstraße 20. — **Kindelbrück** (Thür.). Vors.: Paul Koch, Frömmstedt, Post Kindelbrück (Thür.). Kass.: Paul Herzog, Frömmstedt, Post Kindelbrück (Thür.).
5. Gau: **Eckenhagen.** Kass.: Christian Funke.
6. Gau: **Feil-Bingert** (Pfalz). Vors.: Jakob Christmann, Bingert, Post Feil-Bingert (Pfalz). — Kass.: Fritz Simon, Bingert, Post Feil-Bingert (Pfalz).
7. Gau: **Regensburg.** Kass.: Johann Spanner, Regensburg-Steinweg, Dreifaltigkeitsweg Nr. 2. — **Neubau.** Kass.: Christoph Kellner, Fichtelberg (Oberfr.) Nr. 10⅓.
9. Gau: **Darmstadt.** Vors.: Jos. Stahl, Eberstadt b. Darmstadt, Büchlerstraße 8. — **Homberg.** Vors. und Kass.: Emil Müller, Schulstraße 6. — **Kesselbach,** Post Londorf in Oberhess. Vors.: Wilh. Böcher, Saasen (Kreis Gießen). Kass.: Georg Nahrgang, Londorf (Kreis Gießen). — **Ortenberg** i. Oberhessen. Vors. und Kass.: Wilh. Reuß, Bleichenbach (Kreis Büdingen) Oberhessen. — **Lollar.** Vors. u. Kass.: Karl Panzer, Alten-Buseck (Krs. Gießen), Post Großen-Buseck. — **Lißberg** (Oberhessen). Vors. und Kass.: Adolf Brack, Feuerbach (Krs. Büdingen), Post Nidda (Oberhessen).

Versammlungen:

Am 30. Juni in **Bautzen,** Münchener Hof, 9½ Uhr, Steinsetzer und Rammer des Bezirks Kreishauptmannschaft Bautzen. Jeder erscheinen.

In **Lawaldau,** 9 Uhr, bei Walter.

Achtung, Bezirk Ostpreußen. Sonntag, 30. Juni 1929, 10 Uhr, in Königsberg (Pr.) im Gewerkschaftshaus, Vorder-Roßgarten 61/62, Sitzungszimmer 14b, Bezirkskonferenz für den gesamten Bezirk Ostpreußen.

Es wird erwartet, daß sich alle Zahlstellen an dieser Konferenz beteiligen. Die Kosten tragen die Zahlstellenkassen.

A. Casper.

Gaukonferenzen

1. Gau Nordwest am 29. und 30. Juni in Hamburg, Lesesaal der Heimstätte, Nagels Weg. Beginn am 29. Juni, 13,30 Uhr.

3. Gau am 30. Juni, 10 Uhr. **Steinsetzerfachgruppe** in **Chemnitz,** zur „Arbeiterbörse", Hainstraße. Tagesordnung: Tarifvertrag und Lohnabkommen. — Delegierte und Anträge zum Verbandstag. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. — Die Zahlstellen entsenden auf ihre Kosten bis zu 50 Mitglieder einen **Delegierten, für jeden weiteren** angefangenen oder volle 50 einen 2., 3. usw.

4. Gau am 6. und 7. Juli in Kassel, Gaststätte zum Ständehaus, Ständeplatz 3, nicht im Gewerkschaftshaus.

2. Gau am 7. Juli, 10 Uhr, **Steinsetzerfachgruppe Niederschlesiens. Bezirkskonferenz** in **Breslau** im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, Zimmer 7/8. — Tagesordnung: Tarifvertrag und Lohnabkommen — Antrag der Zahlstelle Breslau auf Ausscheidung aus Tarifvertrag und Bezirksstatut. — Wahl der neuen Lohnkommission. — Anträge zum Verbandstag. — Sonstige gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Die Zahlstellen entsenden auf ihre Kosten bis zu 50 Mitgliedern einen Delegierten, für jede weiteren angefangenen oder volle 50 einen 2., 3. usw.

5. Gau am 7. und 8. Juli 1929, 10 Uhr, in Köln, Restauration Vogl, Kämmergasse 18.

6. Gau am 13. und 14. Juli in Karlsruhe, nicht im Gasthaus zum Friedrichshof, sondern im **Volkshaus,** Schützenstraße 16.

9. Gau am 6. und 7. Juli in Wiesbaden, Gewerkschaftshaus, Wellritzstraße 49. Beginn 14 Uhr. Tagesordnung:
1. Bericht der Gauleiter. — Branchenkonferenz;
2. Unser Tarifwesen. — Organisation, Agitation;
3. Anträge zum Verbandstag.

Zahlstellen bis zu 100 Mitglieder senden 1 Delegierten, über 100—200 Mitglieder 2 und darüber hinaus kann ein weiterer Delegierter entsandt werden. Die Kosten für die Delegierten tragen die Lokalkassen.

Anträge von den Zahlstellen, die an den Verbandstag gerichtet werden sollen, sind bis 28. Juni an die Gauleitung einzureichen. (Siehe Rundschreiben.)

Wegen der Beschaffung von Logis wenden sich die Delegierten an den Kollegen Leonhard Sinz, Wiesbaden, Rüdesheimer Straße 22, II.

*

6. Gau. Der Steinrichter Kollege Johann Spreitzer möge umgehend wegen wichtiger Arbeitsgerichts-Klagesache (Betrieb Niederkirchen b. Kaiserslautern) seine genaue Adresse an die Gauleitung in Karlsruhe, Schützenstraße 16, einsenden.

Achtung, Delegierte von der Konferenz des 7. Gaues im Paradiesgarten am 8. und 9. Juni in Regensburg. Im Tagungslokal wurde am Schlusse der Konferenz infolge der Dunkelheit ein grauer neuer Hut verwechselt. Leider war es mir nicht mehr möglich, alle Kollegen zu erreichen und bitte auf diesem Wege die Verwechslung zu beseitigen. Entstehende Kosten werden vergütet.

Hans Sommer, Steinmetz, in Floß (Oberpfalz), Neubau 230.

Gau 2, Liegnitz. (Steinarbeiter.) In der Zeit vom 6. bis 27. Juli werden die Gau-Geschäfte von den Kollegen Gustav Müller, Striegau, Promenade 3, Fernruf 266, und Fritz Häusler, Strehlen, Lindenstraße 25, Fernruf 358, geführt. — Alle Zuschriften, die schlesische Schotterindustrie betreffend sind an den Kollegen Häusler, alle übrigen an den Kollegen Müller zu richten. Die Gauleitung: J. A. Senft.

*

Bremen. Die von Bremen abgereisten Kollegen, die Friesstücke und Rosteinfassungen angefertigt haben, wenden sich wegen Nachzahlung an den Vorsitzenden der Zahlstelle.

Kollege Georg Jäger aus Tretzendorf sende mir deine Adresse. Ich habe dein Fahrgeld vom Arbeitsamt Nürnberg.

Vorsitzender Ed. Tully, Holsteinerstraße 132.

Verlorene Mitgliedsausweise: In **Helmstedt** das Verbandsbuch 105 639 für Albert Moritz, Steinsetzer. In **Hamm** Nr. 76 251 für Friedrich Schön, Rammer.

ANZEIGEN

Achtung, Berlin!

Am **Mittwoch,** dem 3. Juli 1929, 17,30 Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine **Versammlung** aller der Zahlstelle Groß-Berlin angehörenden Kollegen wie: **Steinsetzer und Berufsgenossen, Steinmetzen, Marmorarbeiter, Bildhauer, Alabasterarbeiter, Sägereiarbeiter** usw. statt. Tagesordnung: Anträge zum Verbandstag, Verschiedenes.

Da nur aller zwei Jahre ein Verbandstag stattfindet, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen.

Die Ortsverwaltung. I. A.: Gustav Nitsche.

Berlin

Montag, 1. Juli, 17 Uhr, Betriebsversammlung der Firma Holzmann A.-G., bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. Jeder Kollege ist verpflichtet, zu erscheinen.

Der Betriebrat: Rinow.

Lehrlinge des Steinsetz- u. Steinmetzgewerbes Groß-Berlins

Besucht unsere Versammlung der Lehrlinge von Groß-Berlin, **Dienstag, 2. Juli 1929,** 19 Uhr, im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Berlin, Engelufer 25. — Tagesordnung: Zentralverband oder Gesellenverein. Pünktliches Erscheinen erwartet **Die Jugendleitung.** I. A.: F. Wickel.

Werkzeugschmied
für Bruch mit Preßluft zum sofortigen Eintritt gesucht. Refl. nur auf ordentl. zuverläss. Kraft. Lohnansprüche und bisherige Tätigkeit an **Georg Wilfert,** Granitwerke, **Kirchenlamitz**/Fichtlg.

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 13.— Mk., aus II-Drahtleder 9.— und 6.50 Mk., **Maurersocken** 1.20 Mk. Echt Lindner-**Manchesterhosen** Qual. I 17.—, II 13.—, III 11.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. **Emil Hohlfeldt, Dresden 6,** Ritterst. 2

2—3 Steinsetzer
für Baustelle Kahla stellt sofort ein **Heinrich Bodinus,** Steinsetzmeister, **Rudolstadt** i. Thür., Jenaer Str. 25.

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In **Dresden** am 31. Mai der Sandsteinmetz Fritz Löscher, 51 Jahre alt, 2½ Jahre krank, Lungentuberkulose.

In **Freudenberg a. M.** der Sandsteinmetz Jakob Mohr, 50 Jahre alt, 1¾ Jahre krank an Lungentuberkulose.

In **Langenaltheim** am 8. Juni der Lithographiesteinarbeiter Michael Wurm, 65 Jahre alt, 2½ Jahre lungenkrank.

In **Meißen** am 10. Juni der Steinsetzer Otto Martisch, 40 Jahre alt, durch Unglücksfall (Fährboot) ertrunken.

In **Pirna** am 17. Juni der Brecher Emil Pistorius, 56 Jahre alt, 13 Wochen lungen- und herzkrank.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Die Invaliden-Unterstützung in den Gewerkschaften

In der Gewerkschaftszeitung Nr. 23 vom 8. Juni stand der nachstehende Artikel. Er behandelt allgemein informierend eine Frage, die auch für unseren Verband zeitgemäß ist, weil der bevorstehende Verbandstag über die evtl. Einführung entscheidet. Wir bringen aus diesem Grunde den sehr beachtlichen Artikel zum Abdruck, denn er ist vorzüglich geeignet, die Meinungen über für und wider dieses Unterstützungszweiges zu klären. Redaktion.

Die Sorge um einen gesicherten Lebensabend beschäftigt die Arbeitnehmer gegenwärtig besonders stark, denn infolge der Inflation haben sich ihre letzten Spargroschen verflüchtigt und auch die staatliche Invalidenversicherung kann die von den Arbeitnehmern gestellten Forderungen nach Herabsetzung der Altersgrenze und Heraufsetzung der Renten aus Mangel an Mitteln in absehbarer Zeit kaum erfüllen.

Trotzdem die Invalidenversicherungsbeiträge, die in der Vorkriegszeit 16 bis 48 Pfennig betrugen, auf wöchentlich 30 bis 200 Pfennig zur Zeit gestiegen sind, rechnet man nach einer Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums vom Jahre 1934 ab bereits mit fortgesetzter Unterbilanz, d. h. die Einnahmen aus Beiträgen, Reichszuschuß und Zinsen reichen von diesem Zeitpunkt an nicht aus, um die Ausgaben zu decken. Für das Jahr 1938 sind bereits 385 Millionen Mark Unterbilanz in Aussicht gestellt, bei einer Gesamtausgabe von etwa 1420 Millionen Mark, die dann für etwa 2 350 000 Invaliden- und 565 000 Witwenrenten zu leisten sind. Für das Jahr 1929 wird mit 2 010 000 Invaliden- und Alternsrenten, 420 000 Witwen- und Witwerrenten und 725 000 Waisenrenten gerechnet. Nach der bisherigen Entwicklung wird in der nächsten Zeit mit einem jährlichen Zuwachs von allein 110 000 Invaliden- und 60 000 Witwenrenten gerechnet. Würde die Altersgrenze von 65 Jahren auf 60 Jahre herabgesetzt, so wird ein Mehrbetrag für Unterstützungen und der Ausfall an Beiträgen in dieser Altersgruppe mit 312 Millionen Mark nachgewiesen. Die Altersgrenze wurde erstmalig 1917 von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt. Das Vermögen der staatlichen Invalidenversicherung betrug im Jahre 1913 2105,5 Millionen Mark, Ende 1924 329,6 Millionen Mark und am 1. Januar 1928 840 Millionen Mark.

Die Rentenleistungen betrugen 1913 im damaligen Reichsgebiet rund 188 Millionen Mark, im Jahre 1927 etwa 813 Millionen Mark. Der Reichszuschuß zu den Grundbeträgen der Rentenleistungen betrug 1913 58,5 Millionen Mark und im Jahre 1926 184,5 Millionen Mark. Die Zahl der versicherten Personen betrug 1913 18,1 Millionen, im Jahre 1927 18 Millionen. Somit entfällt schon jetzt auf je 6 Versicherte eine Rente. Hinzu kommt, daß in der Vorkriegszeit die Renten im Kapitaldeckungsverfahren geleistet werden konnten, während nach dem Kriege das Umlageverfahren zur Anwendung gelangt. Die Höhe der Renten ist trotzdem keinesfalls zufriedenstellend. Die Invalidenjahresrente setzt sich zusammen aus dem Grundbetrag von 168 Mark, dem Reichszuschuß von 72 Mark und den Steigerungsbeträgen, die sich aus der Anzahl und der Höhe der geklebten Beitragsmarken ergeben.

Gegen den Ausbau der Invalidenversicherung wie gegen die Sozialversicherung überhaupt wird gegenwärtig von den Rechtsparteien des Reichstages ein entschiedener Kampf geführt; trotzdem ist es gelungen, die beantragte Streichung der 164 Millionen Reichsbeitrag zu den Steigerungssätzen der Renten abzuwehren und auch die gefährdeten 20 Millionen Mark aus den Zolleinnahmen für die Invalidenversicherung zu retten. Ferner sollen die Ueberschüsse aus der Lohnsteuer der Invalidenversicherung zugeführt werden, aber von dem Gesamtbetrage werden zuvor 75 Millionen Mark der Knappschaftsversicherung zugeleitet. Damit entfällt für die Zukunft die Lohnsteuersenkung, denn nach der bekannten Lex Brüning sollten die über 1300 Millionen Mark jährlich eingehenden Mehrerträge aus der Lohnsteuer dazu dienen, die Lohnsteuer entsprechend zu senken.

Nach dieser Darstellung sind die Aussichten für die jetzigen und die künftigen Invaliden- und Altersrentner keineswegs rosig. Dieser Umstand und die zunehmende Ausschaltung älterer Arbeiter aus der Produktion haben zu den zahlreichen Anträgen Anlaß gegeben, die eine Herabsetzung der Altersgrenze bis herunter zu 50 Jahren verlangen und die den Reichstag bereits beschäftigt haben. Daß keine Erfolgsmöglichkeiten für die Erfüllung dieser Anträge gegeben sind, das ist nach dem Ueberlegen der erwähnten Zahlen wohl sehr leicht zu begreifen. Daher auch der Ruf nach Selbsthilfe durch die Gewerkschaften.

Einige Gewerkschaften haben schon frühzeitig eigene Einrichtungen zur Unterstützung ihrer invaliden Mitglieder geschaffen, die zweifellos Vorbildliches leisteten. Diese Beispiele waren für die Mitglieder in den übrigen Gewerkschaften begründeter Anlaß zur Stellung von entsprechenden Anträgen an ihre Generalversammlungen und Verbandstage. Zahlreiche Gewerkschaften haben eingesehen, daß sie für ihre alten treuen Mitglieder und für die jahrzehntelang im Dienste des Verbandes stehenden Funktionäre mit dem Eintritt ihrer Invalidität gewisse Verpflichtungen übernehmen müssen und daß solche gewerkschaftlichen Kämpfer nicht nur auf die karge Invalidenrente und das vom Verband zu gewährende Sterbegeld angewiesen sein dürfen.

Durch persönliches Sparen gewisse Sicherheiten für einen erträglichen Lebensabend zu erhalten, ist für die Mehrzahl auch der jüngeren Arbeiter ein fast aussichtsloses Beginnen. Da bleibt eben nur der Weg des solidarischen Kollektivsparens übrig.

Ursprünglich haben die sozialistischen Arbeiter auf dem 5. Vereinstag der Arbeiterbildungsvereine 1868 in Nürnberg die staatliche Versicherung abgelehnt und die Errichtung eigener Altersversorgungskassen propagiert und auch einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Zu dieser Zeit bestand schon die Unterstützungskasse des Deutschen Buchdruckervereins (jetzt Verband der Deutschen Buchdrucker), die als Sonderkasse 1892 liquidiert wurde und seitdem als Invalidenkasse endgültig auf den Verband übergegangen ist. Obgleich diese Kassenbestände, wie die aller übrigen Gewerkschaften, durch die Inflation aufgezehrt waren, gewährte der Buchdruckerverband allein im Jahre 1927 an seine 2112 invaliden Mitglieder 1 388 626 Mark Unterstützung, für einzelne Mitglieder seit 30 Jahren und länger. In diesem Jahre entfiel auf je 38 Mitglieder eine Rente gegen 175 im Jahre 1896. In dem Verbandsbeitrag ist der Beitrag für die Invalidenkasse einbegriffen, der zur Zeit mit 30 Pfennig wöchentlich in Ansatz gebracht wird. Die Lithographen und Steindrucker errichteten ihre ersten örtlichen Invalidenkassen im Jahre 1874 mit einem Sonderbeitrag von 10 Pfennig wöchentlich. Im Jahre 1927 wurden 433 invalide Mitglieder mit 169 239 Mark unterstützt. Es entfiel auf je 43,8 Mitglieder eine Rente. Von den vorhandenen Gewerkschaften ist nur noch der Buchbinderverband zu erwähnen, der schon in der Vorkriegszeit die Invalidenunterstützung eingeführt hatte. Noch heute ist die Zugehörigkeit fakultativ und nur für die beiden höchsten Beitragsklassen sind die Mitglieder auch für diese Kasse verpflichtet. Im Jahre 1926 sind 148 Kollegen mit 40 815 Mark unterstützt worden.

In der Nachkriegszeit brachen die zahlreichen Betriebspensions- und Werksparkassen zusammen, die Lebens- und sonstigen Unfallversicherungen stellten ihre Zahlungen ein und sie wurden später lediglich an das Aufwertungsgesetz gebunden. Dadurch verloren wiederum hunderttausende Arbeiter ihren letzten Rückhalt für das Alter. Nach 1923 setzte das Drängen zur Selbsthilfe selbst in solchen Gewerkschaften ein, deren Mitglieder vor dem Kriege gegen das gewerkschaftliche soziale Unterstützungswesen ankämpften, weil dadurch angeblich der Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften verlorengehen könnte. Jetzt war es besonders der Baugewerksbund, der, 1925 beginnend, seinen invaliden Mitgliedern im Jahre 1927 bereits 252 568 Mark Unterstützung gewährte. Der Verband der Böttcher zahlte in derselben Zeit 22 145 Mark; der Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband 53 167 Mark; der Lederarbeiterverband 81 925 Mark. Von den bisher genannten Gewerkschaften waren bis Ende 1927 an invalide Mitglieder 26 863 948 Mark ausgezahlt worden. Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer führt seit 1. Januar 1927 eine Invaliden- und Altersunterstützung. Die im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband vereinigten 4 Verbände haben seit 1. Januar 1928 die gemeinsame Invalidenunterstützung, die bis dahin die Verbände der Bäcker und Fleischer nicht hatten.

Im Jahre 1928 haben weitere Verbände die Einführung der Invalidenunterstützung beschlossen, teils auf den Verbandstagen, teils durch Urabstimmung. In keinem Fall hat sich — trotz teilweise sehr schofler Gegenagitation — eine Mehrheit gegen die Einführung ergeben. Zu diesen Verbänden zählen die Dachdecker, Fabrikarbeiter, Hutarbeiter, Maler, Graphische Hilfsarbeiter, Schuhmacher, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Tabakarbeiter, Verkehrsbund.

Zur Stellungnahme auf den bevorstehenden Verbandstagen haben entsprechende Vorarbeiten geleistet die Verbände der Bekleidungsarbeiter, Hotelangestellten, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Kupferschmiede, Landarbeiter, Sattler und Tapezierer, Textilarbeiter, Zimmerer sowie der Schweizerbund und einige andere Verbände. Insgesamt haben 18 Verbände mit 3 550 151 Mitgliedern die Invalidenunterstützung bereits statutarisch festgelegt, andere Verbände werden in nächster Zeit folgen, so daß der weitaus größere Teil aller organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in absehbarer Zeit Anspruch auf laufende Zuschußunterstützung im Fall von Invalidität bei ihren Gewerkschaften geltend machen können.

Die Gewerkschaften können trotz der sehr bescheidenen Beiträge, die zu diesem Zweck von den Mitgliedern beigesteuert werden, Erhebliches leisten, weil ihre Risiken (vielleicht abgesehen vom Bergarbeiterverband) wesentlich günstiger sind als in der staatlichen Invalidenversicherung. Im Buchdruckerverband, der bisher die Höchstleistungen zahlt, erhalten invalide Mitglieder monatlich etwa soviel an Unterstützung, als das Mitglied in 4 Jahren Beiträge an die Invalidenkasse geleistet hat. Aehnlich liegen die Leistungen in allen übrigen Gewerkschaften, die den gesamten an die Hauptkasse abzuführenden Wochenbeitrag (nicht nur den Anteil für die Invalidenkasse) als Grundlage zur Berechnung der Invalidenunterstützung nehmen. Die Mitglieder zahlen je nach Verdienst gegenwärtig 5 bis 30 Pfennig wöchentlich für diesen besonderen Unterstützungszweig.

Allerdings können die Leistungen nur freiwillig sein, denn sobald ein Rechtsanspruch garantiert werden sollte, würde das Aufsichtsamt für Privatversicherung verlangen, daß nach seinen versicherungsmathematischen Berechnungen die Beiträge wesentlich erhöht oder die Leistungen entsprechend reduziert werden. Daher ist auch der so oft wiederholte wohlgemeinte Rat, die Volksfürsorge-Versicherungs-A.-G. solle diesen Zweig des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens übernehmen, ohne die Erfüllung der Vorschriften dieser Versicherungsbehörde nicht durchführbar. Je größer die Gewerkschaft, desto günstiger sind die Risiken, um so höher ist die Leistungsmöglichkeit.

Aber auch die auf freiwilliger Solidarität aufgebauten Gewerkschaften übernehmen mit der Einführung der Invalidenunterstützung eine Sicherheitshypothek und eine große Verantwortung für die Zukunft aller ihrer Mitglieder. Deshalb müssen sich die Leistungen im Rahmen dessen bewegen, was auch in späteren Jahrzehnten bei starker Invalidenziffer finanziell tragbar erscheint. Dieses Höchstleistungsmaß soll nach den Empfehlungen der Kommission des ADGB für Verwaltungsreform bei dem 20fachen des Wochenvollbeitrages für monatlich zu leistende Unterstützung liegen.

Maßgebend für die Höhe der Unterstützung ist die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge. In der Regel beginnt der Unterstützungsanspruch mit 520 geleisteten Wochenbeiträgen. Da ein Teil der Gewerkschaften noch ohne diesen Unterstützungszweig ist, entstehen bereits Hemmungen bei notwendig werdendem Organisationswechsel. Es liegt indessen im Interesse aller Gewerkschaften, daß den übertretenden Mitgliedern der Anspruch auf Invalidenunterstützung nicht eingeschränkt wird noch verloren geht. Wenn zur Zeit die Uebertrittsbestimmungen bezüglich der Anrechnung der Mitgliedschaftsdauer, insbesondere für den Anspruch auf Invalidenunterstützung, noch nicht einheitlich abgestimmt sind, so haben doch die Verbände sich mit einer einheitlichen Regelung einverstanden erklärt. Zu den bereits vorliegen-

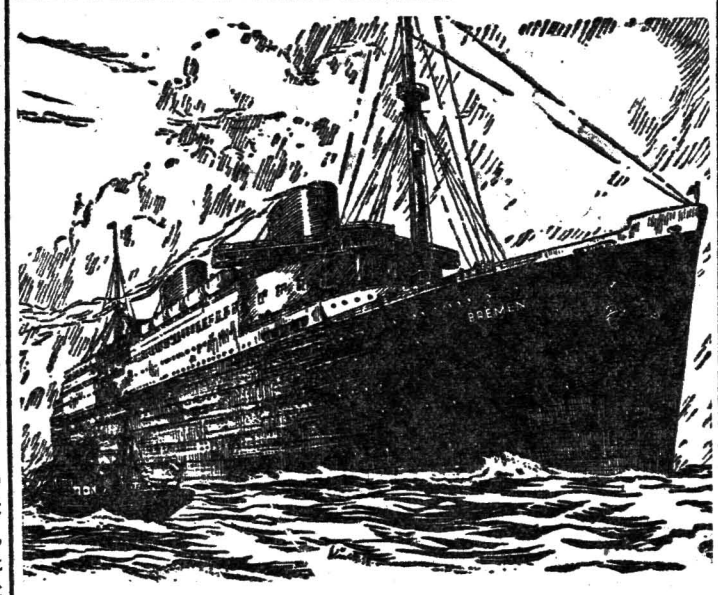
An Bord des Schnelldampfers „Bremen“

Den Redakteuren der Gewerkschaftspresse war kürzlich Gelegenheit gegeben, den vor der Fertigstellung stehenden Schnelldampfer „Bremen“ auf der Deschimag-Werft Akt.-Ges. „Weser“ in Bremen zu besichtigen. Und zwar anläßlich einer Konferenz des Fachausschusses der Gewerkschaftspresse in Bremen, der sich in der Hauptsache eingehend mit der Frage beschäftigt, wie eine größere Aktualität der Gewerkschaftspresse herbeigeführt werden kann, nicht nur auf redaktionellem Gebiet, sondern vor allem auch durch Beschleunigung des Weges, auf dem die Zeitungen von der Druckerei in die Hände der Mitglieder gelangen, eine Frage, deren Bedeutung klar wird, wenn man sich vor Augen hält, daß es sich bei der Gewerkschaftspresse um eine Auflage von mehr als 5 Millionen handelt. Kollege C. Thierfelder, Redakteur vom „Bekleidungsarbeiter“ hielt darüber das einleitende Referat, das in der eingehenden Aussprache wertvolle und anregende Ergänzung fand.

Aus Anlaß dieser Tagung fand auf Einladung des Norddeutschen Lloyd eine Besichtigung des erwähnten Schnelldampfers statt, der im Verwaltungsgebäude des Norddeutschen Lloyd ein Vortrag von Dr. Schurig über die „Lage der deutschen Schiffahrt“ vorherging und der Filme über die Entstehung der „Bremen“ und über das wirtschaftliche Leben in Amerika folgten. Begrüßt wurden die Vertreter der deutschen Gewerkschaftspresse dabei von dem Direktor des Norddeutschen Lloyd, Glässel.

Die „Bremen“ ist ein Schwesterschiff der durch einen Brand heimgesuchten „Europa“, die in Hamburg bei Blom & Voß gebaut wird. Sie ist der größte Handelsdampfer Deutschlands und dürfte, was die Einrichtung, die Technik, der Komfort, die Schnelligkeit und Zuverlässigkeit anbelangt, auch von sämtlichen Dampfern der Welt an erster Stelle stehen. Deshalb ist die Besichtigung eines solchen Dampfers für jeden zweifellos ein bedeutsames Ereignis.

Als wir uns durch die Anlagen der Werft hindurchgearbeitet hatten, lag das Schiff in seiner imponierenden Größe im Ausrüstungshafen vor uns. Die Binnenländer staunen ob dieses technischen Wunders, aber auch die Kenner moderner Seedampfer waren verdutzt, als sie ihre Augen an diesem Koloß entlanggleiten ließen. Und als wir uns an Bord begaben, die unzähligen Treppen hinauf- und hinabstiegen, die langen Gänge durchwanderten und den Blick über die Umgegend schweifen ließen, dann kam uns so recht zum Bewußtsein, wie vielseitig und mannigfaltig die Technik von heute ist und wie sie die Naturelemente zu besiegen vermag. Denn dieses Schiff soll, allen Stürmen und Unbilden trotzend, hinausgehen und auf dem Meere vielen Menschen jahraus, jahrein ein behagliches und sicheres Unterkommen bieten. Wurden früher die Schiffe wie Nußschalen auf den bergehohen Wellen hin- und hergeworfen, so bietet die Größe eines Schiffes wie der „Bremen“, die eingebauten Schlingertanks und viele Neuerungen, Sicherheiten für einige ruhige Fahrt. Ueber die Abmessungen und sonstige Eigenschaften des Schiffes mögen folgende Angaben ein Bild vermitteln: Der Dampfer „Bremen“ ist 280 Meter lang, 30 Meter breit und an der niedrigsten Stelle mittelschiffs bis zum Hauptdeck 16 Meter tief. Für den Schiffsrumpf der „Bremen“



wurden 25 Millionen Kilogramm Stahlbleche, Profile und 4 Millionen Nieten verwandt. Der Dampfer vermag einschließlich der 950 Personen betragenden Besatzung 3200 Personen zu befördern. Das Schiff ist 46 000 Brutto-Register-Tonnen groß. Die Fahrt von Bremen nach Neuyork kann in 6 Tagen zurückgelegt werden. In der 1. Klasse werden 600 bis 800 Passagiere, in der 2. Klasse 500, in der 3. Klasse für Touristen 300 und sonst in der 3. Klasse 600, mithin insgesamt 2000 bis 2200 Passagiere befördert. Die drei Anker der „Bremen“ wiegen je 15 000 Kilogramm, jede Ankerkette hat eine Länge von 600 Meter und wiegt 129 000 Kilogramm. Die Riesenmaschinen des Dampfers werden durch Dampfkraft angetrieben. Die Kessel werden mit Oel geheizt. Die „Bremen“ ist ein Vierschraubendampfer, wo jede Propellerwelle durch Turbinen-Aggregate angetrieben wird. Die Stromerzeugungsmaschinen des Dampfers haben eine Kilowatt-Leistung ungefähr wie die Elektrizitätswerke der Städte Heidelberg oder Lübeck. In dem Schiff ist ein Kabelnetz von 1 Million Meter verlegt worden. Weitere 200 000 Meter Schwachstromleitung dienen der Telephon- und Klingelanlage. Von 10 000 verschiedenen Stellen aus dem Schiff können Klingeln in Bewegung gesetzt werden. Die vier Schrauben des Dampfers sind aus Bronze und aus einem Stück gegossen, jede wiegt 17 000 Kilogramm. Jeder der beiden elliptischen Schornsteine besitzt einen Durchmesser von 15 × 6,2 Meter, deren Höhe über dem Wasserspiegel beträgt 35 Meter, über dem Kiel 45 Meter. Etwa 15 000 Arbeiter haben beim Bau der beiden Dampfer „Bremen“ und „Europa“ 2½ Jahre Arbeit gehabt.

Der Proviantverbrauch einer Reise Bremen—Neuyork—Bremen stellt sich bei voller Besatzung des Schiffes auf: 985 Zentner Fleisch, Wurstwaren, 280 Zentner Fische und Aehnliches, 350 Zentner Geflügel, 80 Zentner Brot, dazu 440 Zentner Mehl, aus dem an Bord in elektrisch geheizten Oefen Brot und Gebäck hergestellt wird. Der errechnete Kaffeeverbrauch stellt sich auf ungefähr 43 Zentner, außerdem sind 3 Zentner Tee und 6 Zentner Schokolade und Kakao erforderlich. Vorrätig sind weiter zu halten: 17 500 Liter Milch, 2000 Liter Sahne, 140 Zentner Butter, 20 Zentner Schmalz, 90 000 Eier, 40 Zentner Salz, 15 000 Flaschen Wein aller Art, 15 000 Flaschen Mineralwasser, 300 Hektoliter Bier, 18 000 Zigarren, 120 000 Zigaretten usw. usw. —

Die Inneneinrichtung des Schiffes ist nach jeder Richtung hin vorzüglich. Der Luxus, der uns in den Räumen der 1. Klasse entgegentritt, dürfte nirgends zu finden sein. Alle Bequemlichkeiten sind in den Zimmern, namentlich denen der 1. Klasse vorhanden. Das vordere Treppenhaus z. B., welches durch die Räumlichkeiten der 1. Klasse geht, reicht durch 10 Etagen. Moderne Lifts sind vorhanden. Die riesigen Decks bieten Gelegenheit, umfangreiche Spaziergänge zu machen. In der Halle der 1. Klasse haben 300 Passagiere bequem Platz. Das Speisezimmer, der Rauchsalon, die Gesellschaftsräume, das Damenzimmer, Kinderzimmer, Schreibzimmer, die Ballsäle, Restaurants, Theater- und Kinoräume, die Ladenstraße und all jene Herrlichkeiten, die der Passagier 1. Klasse genießen kann, sind in der denkbar besten Weise ausgeführt. Schön geräumig und behaglich ist auch die 2. Klasse. Hier werden die Reisenden in Kammern von 1, 2, 3 und 4 Personen untergebracht. Es stehen den Passagieren dieser Klasse ein Speisesaal, ein Rauchsalon, ein Damensalon, eine geräumige Halle, ein Kinderspielzimmer sowie eine Turnhalle zur Verfügung. Die 3. Klasse und die Sonderklasse für Touristen weisen ebenfalls Einrichtungen der modernsten Art auf. Hier geschieht die Unterbringung der Passagiere in Kammern zu 2, 3 und 4 Reisenden. Die Kajüten der 3. Klasse haben ebenfalls fließendes kaltes und warmes Frischwasser

den Formulierungen wird die kommende Sitzung des Bundesausschusses Stellung nehmen.

Mit der gewerkschaftlichen Invalidenunterstützung bekommen die Gewerkschaften ein überaus wertvolles Bindemittel in die Hand, das die Mitglieder, ob jung oder alt, zweifellos mehr als bisher an ihre Selbsthilfeorganisationen fesseln wird. An den zahlreichen Jubilaren mit teilweise mehr als 50jähriger Mitgliedschaft tragen damit die Gewerkschaften eine Dankesschuld ab, und für die Jugend ist die aus sittlichem und sozialem Empfinden geborene Solidaritätspflicht der beste gewerkschaftliche Anschauungsunterricht. Es sorgen Jugend und Alter gemeinsam für die eigene Zukunft. Außerdem wird die Fluktuation gehemmt, die Organisationen werden in ihrem Mitgliederbestand gefestigt und innerlich gestärkt, die finanzielle Basis gesundet und damit gewinnen die Gewerkschaften Macht und Einfluß in Staat und Wirtschaft. Die Einführung der Invalidenunterstützung in den Gewerkschaften ist mithin nicht nur eine soziale Tat, sie bedeutet auch eine Stärkung der organisierten Arbeitermacht.

Der internationale Damenkongreß gegen den Arbeiterinnenschutz

In Berlin tagte der sogenannte Internationale Frauenbund, der hauptsächlich aus bürgerlichen Vereinen und Organisationen besteht. Auf den vielen Veranstaltungen, die anläßlich dieses internationalen Kongresses abgehalten wurden, gab man immer wieder seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Gleichberechtigung der Frau nun endlich durchgeführt sei. Nach dem Weltkrieg habe der Fortschritt der Frauenbewegung einen großen Aufschwung genommen. Bei aller Anerkennung der Fortschritte hörte man aber nichts davon, daß letzten Endes die internationale Arbeiterbewegung die Gleichberechtigung der Frau erkämpft hat. Der Energie der bürgerlichen Frauenverbände wäre dies niemals gelungen.

Eigentümlich war es aber, daß der Internationale Frauenbund die Aufhebung der besonderen Schutzgesetze für die Frauen verlangte. Namentlich wandte man sich gegen eine Reihe von Konventionen des Internationalen Arbeitsamts, die von fast allen Staaten ratifiziert sind und bereits eine Gültigkeitsdauer von 10 Jahren haben. Eine Dame aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika wandte sich energisch gegen das Nachtarbeitsverbot der Frauen durch das Washingtoner Abkommen. Durch dieses Verbot seien viele Frauen arbeitslos geworden, ohne dafür eine Entschädigung zu erhalten. Die Nachtarbeit sei in vielen Fällen weniger anstrengend, überdies von kürzerer Dauer und werde besser bezahlt. Außerdem mache die Nachtarbeit es verheirateten Frauen möglich, sich ganz anders um Haushalt und Kinder zu kümmern, als die Arbeit am Tage. Eine finnische Delegierte berichtete, daß, falls die Gesetzesvorlage gegen die Frauen-Nachtarbeit Annahme fände, ein Viertel aller Industriearbeiterinnen in Finnland arbeitslos würde. Das Arbeitsverbot für schwangere Frauen vier Wochen vor und nach der Entbindung wird als eine Bevormundung bezeichnet. Das Verbot wird mit der Begründung abgelehnt, daß keine Frau ihre und ihres Kindes Gesundheit schädigen würde, indem sie sich zu anstrengender Fabrikarbeit drängt, wenn sie nicht genügende Unterstützung erhalten würde. Hier liegt der Hase im Pfeffer! Das Arbeitsverbot für schwangere Frauen geht in Deutschland mit einer, wenn auch nicht hohen, so doch für den Notfall ausreichenden Unterstützung einher. Solche, dem Arsenal des Manchesterliberalismus entnommene Gedanken können nur aus Ländern kommen, wo die Sozialpolitik und namentlich der Arbeiterinnenschutz unbekannte Begriffe sind. Für Deutschland müssen solche Gedankengänge glatt abgelehnt werden. Der Internationale Frauenbund versuchte seine reaktionären Forderungen durch die Parole gleiches Recht auf gleiche Arbeit, gleicher Lohn für Männer und Frauen bei gleichwertiger Arbeit schmackhaft zu machen. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung tritt von jeher für diese Forderung ein und hat sich für die Angleichung der Frauenlöhne an die Männerlöhne mit Erfolg eingesetzt. Es besteht keine Veranlassung, von dem sozialpolitischen Arbeiterinnenschutz abzugehen, um dafür radikal schillernde Forderungen, die infolge des bestehenden Kräfteverhältnisses in weitem Felde liegen, einzutauschen. Die bürgerlichen Damen mögen sich um ihre eigenen Angelegenheiten bekümmern und die Wahrnehmung der Interessen der arbeitenden Frau den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei überlassen.

---

und sonst alle Einrichtungen, die man in guten Hotelzimmern findet. Auch sie hat Gesellschaftsräume, Speisesaal, Rauchsalon usw. Sanitäre Einrichtungen, Schwimmhallen, Sportplätze, Spielplätze stehen den Passagieren aller Klassen zur Verfügung. Kinos sind ebenfalls für alle Klassen vorgesehen. Die „Bremen" hat große unsinkbare Rettungsboote mit einem Fassungsvermögen von je 145 Personen. Sämtliche Boote haben Motorantrieb.

Etwas ganz Besonderes bieten die neuen Riesenschiffe, indem sie ein Flugzeug an Bord haben, welches 1000 Kilometer vor dem Endziel in die Luft geschossen wird. Die „Bremen" führt einen neuen, mit Schwimmern ausgerüsteten Heinkel-Eindecker mit 450pferdigen luftgekühlten Motor mit, der eilige Postsendungen schon einen Tag vor der Landung des Schiffes an Land befördern soll. Es ist kein Märchen, wenn wir sagen, daß dieses Flugzeug buchstäblich „in die Luft geschossen" wird. Dies geht in der Weise vor sich, daß eine in der Mitte des Sonnendecks drehbare Schienenbahn eingebaut ist, auf der das Flugzeug auf einem Schlitten ruht. Dieser Schlitten wird mittels Preßluft mit ungeheurer Schnelligkeit vorwärtsgetrieben und somit das Flugzeug weggeschleudert. Man will auch Versuche unternehmen, Landungsmöglichkeiten für Flugzeuge und Uebernahmemöglichkeiten von Post zu schaffen. Das alles sind Einrichtungen, die bis dahin unbekannt waren und die der deutschen Technik und schließlich auch dem Norddeutschen Lloyd alle Ehre machen.

Man kann sich vorstellen, daß die Inaugenscheinnahme eines derartigen Bauwerkes für jeden Menschen eine Weihestunde bedeutet. Als Gewerkschaftsvertreter hatten wir bei der Besichtigung den Wunsch, daß es den 900 Personen, die auf einem solchen Schiff dauernd Beschäftigung finden, Freude machen möge, ihren Dienst zu versehen. Das bedingt, daß der Lloyd auf gute Behandlung auch des letzten Bediensteten bedacht ist und für eine dem schweren Dienst entsprechende Bezahlung sorgt. Daneben wurde aber der Wunsch in uns laut, daß es vielen mit Hand oder Kopf Schaffenden einmal möglich sein möge, Seereisen unter derartigen Bedingungen machen zu können. Und jeder Teilnehmer mag in sich einen indirekten Antrieb verspürt haben, alle seine Kraft daranzusetzen, daß der Lebensstandard der breiten Massen soweit gehoben wird, daß ihm die Welt ebenfalls offensteht. Der Direktion und der Literarischen Abteilung des Norddeutschen Lloyd gebührt Dank für die Aufnahme, die die Gewerkschaftsredakteure in Bremen gefunden haben. Daneben aber auch Dank dem Bremer Senat und vor allem den führenden Genossen der Bremer Arbeiterschaft, die die Gelegenheit nicht vorübergehen ließen, die Vertreter der Gewerkschaftspresse in ihrem schönen Volkshaus zu begrüßen. Es wurde eine Gastfreundschaft geübt, die man bis dahin selten kennengelernt hatte. Dank allen Personen, die daran mitgearbeitet haben!

Internationales Steinarbeiter-Sekretariat

Bericht pro I. Quartal 1929.

Deutschland. Die außerordentliche Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie und im Straßenbau im Winter 1928/1929 bis Ende März wurde durch den anhaltenden Frost noch verschärft. Im Verband waren zirka 75 Prozent der Mitglieder lange Wochen arbeitslos. Anfangs April war diese Zahl auf zirka 30 Prozent herabgesunken. Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß die Mittel des Verbandes für die Unterstützung der Arbeitslosen außerordentlich in Anspruch genommen wurden. Die Mitgliederzahl ist rund 70 000. Trotz des schlechten und langen Winters ist die Zahl stabil geblieben. Das ist ein sehr gutes Zeichen der gewerkschaftlichen Verbandstreue. Durch die anhaltende Frostperiode sind deshalb auch fast alle Lohnverhandlungen hinausgezögert worden, so daß im Monat April sich viele Erledigungen zusammendrängten. Soweit sich das jetzt übersehen läßt, kann von einem Erfolg auf den tariflichen Gebieten in den Bezirken und einzelnen Orten gesprochen werden.

In der Soziapolitik der deutschen Gesetzgebung ist nun endlich durch eine gesetzliche Verordnung vom 11. Februar, ab 1. Januar 1929 die Silicose (Berufskrankheit = Staublunge der Sandsteinarbeiter) der Unfallentschädigung unterstellt, außerdem auch die Auswirkung der Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen auf Glieder und Muskeln. Beides ist ein großer gewerkschaftlicher Erfolg, über den sich die deutschen Kollegen sehr freuen. Allerdings sind noch andere Steinarbeiter der Staubeinwirkung ebenso schädigend ausgesetzt wie die Steinarbeiter in Sandstein. Der Anfang ist gemacht, das weitere muß noch erreicht werden Das Streben dahin geht weiter.

Die Aussichten auf bessere Beschäftigung in Steinindustrie und Straßenbau sind nicht gut. Baubehörden und Gemeinden haben keine Geldmittel, um den Arbeitsmarkt für unsere Berufskollegen befruchten zu können.

Belgien. Alle Streiks sind erledigt mit Ausnahme desjenigen von Mevergnies, der mit 1. Februar ausgebrochen ist. Die Arbeitslosigkeit war auf Grund der Kälte und des vielen Schnees ungeheuer groß. Unsere Kasse hat im 1. Quartal für Arbeitslose die Summe von 947 942.75 Fr. ausbezahlt. Die Unternehmer der Porphyrindustrie haben sich zu einem Kartell zusammengeschlossen, mit Ausnahme von zwei Unternehmern sind alle übrigen beigetreten. Dieses Kartell übernimmt nun die gesamte Produktion im In- und Ausland. Der Index ist von 8,52 im Dezember auf 8,62 am 15. März gestiegen. Die Stundenlöhne sind dadurch teilweise ebenfalls gestiegen. Die Familienunterstützung für Krisenzeiten sind derart erhöht worden, daß an die Frauen der Betroffenen statt 2.50 Fr. gleich 3.50 Fr. pro Tag bezahlt wurden, und an Kinder unter 14 Jahren statt 2.— Fr. nunmehr 3.— Fr. Verschiedene Lohnbewegungen konnten ohne Arbeitsunterbrechung geschlichtet werden. In der Kleingranitbranche in Liège wurde eine Lohnerhöhung von 20 Prozent erreicht, in Ecaussines eine solche von 65 Cts., in Soignies 70 Cts. In Lessines wurde endlich ebenfalls eine Lohnregulierung in erhöhendem Sinne vorgenommen, in Quenast trat eine Erhöhung von 5 Prozent ein, in Bruxelles eine solche von 20 Prozent. In der Provinz Liège wurde für alle Differenzen eine paritätische Kommission eingesetzt. In Tournaises wurden die Tageslöhne um 6 Fr. erhöht. Es scheint, daß für die Steinindustrie keine Arbeitslosigkeit mehr zu befürchten ist.

Durchschnittsstundenlöhne am 1. April 1929: Weißstein-Steinhauer: Bruxelles 6.85 Fr. Louvain 6.60 Fr. Aerschot 6.60 Fr. Jodoigne 5.85 Fr. Säger (Orte wie oben) 6.25, 6.—, 5.60, 4.50. Hilfsarbeiter 5.40 Fr. Marmorarbeiter, Haucr: Bruxelles 6.25, Basecles 4.85, Rance 5.—, Namur 5.60, La Buissiere 6.45, Soignies 6.30, Ecaussines 5.70, Liège 6.30 Frank. Poliseure: Bruxelles 5.85, Basecles 4.75, Rance 5.50, Namur 4.80, La Bruissiere 6.50, Liège 5.— Fr. Säger 3.90 bis 5.50 Fr. Hilfsarbeiter 3.80 bis 4.90 Fr. Pflastersteine = Steinspalter: Liège 7.25, Namur 5.50, Lessines 7.14 Fr.

Dänemark. Die Arbeitsverhältnisse waren sehr schlecht, zirka 70 Prozent der Mitglieder waren 3 Monate arbeitslos. Die Arbeitslosenkasse hatte eine Ausgabe von 120 000 Kr. Die Beiträge mußten pro Woche um 1.— bis 3.— Kr. erhöht werden. Gleichzeitig mußte ein Darlehen von 57 000.— Kr. aufgenommen werden.

Der Verband hat aber trotzdem nicht gelitten. Mitgliederzahl 846, der Preisindex ist um 1 Prozent gestiegen und beträgt jetzt 173. Die Tarifverträge gehen bis 1. April 1930.

Oesterreich. In Ausschlag-Zöbern wurde ein neuer Kollektivvertrag abgeschlossen. Stundenlöhne: Professionisten —.88 Schilling, Hilfsarbeiter —.76 Schilling. Ein weiterer Vertrag kam mit dem Kalk- und Steinwerk Hirschwang zustande, die Löhne hier sind: Mineure 1.06 Schilling, Hilfsarbeiter —.86 Schilling. Ein großer Teil der Betriebe war während der Winterszeit eingestellt, jetzt scheint wieder etwas Leben zu erwachen.

Mitgliederzahl Anfang 1929: Steinmetzen 1260, Steinsetzer 213, Steinschleifer 104, Steinarbeiter 1321, Ritzer 430, Zersetzer 170, Pflasterer 63, Lehrlinge (Stein) 143, Lehrlinge (Pflasterer) 12. Total mit anderen in der Steinindustrie Beschäftigten: 5777.

Zahl der Tarifverträge:

Gaue	Verträge	Beschäftigte	Betriebe
Kärnten	2	108	3
Niederösterr. Burgenland	22	1770	34
Oberösterreich	16	2078	27
Salzburg	1	170	2
Steiermark	6	407	20
Tirol, Vorarlberg	1	153	1
Wien	2	850	80
	50	5536	167

Von den oben angeführten wurden durch Streiks erzwungene Verträge 7, Betriebe 8, Beschäftigte 295, voller Erfolg 5, teilweiser Erfolg 2. Die Aussichten auf Besserung des Arbeitsmarktes sind sehr schlecht. Die Durchschnittsstundenlöhne waren am 31. Dezember 1928 folgende:

	Steinmetze	Steinbrecher	Hilfsarbeiter	Pflasterer
		(in Schilling)		
Niederösterreich	0.90	1.15	0.64	
Kärnten		1.20	1.—	2.—
Oberösterreich	1.35	—.80	—.95	1.40
Steiermark	1.34		—.84	1.83
Wien	1.46		1.26	2.20
Burgenland	1.26		—.98	
Landgebiete Salzburg	1.30	1.10	1.03	

Tschechoslowakei. (Verband der Bau-, Stein- und Keramarbeiter.) Die abnormale Kälte im verflossenen Winter hatte verursacht, daß die Arbeit in offenen Steinbrüchen eingestellt werden mußte, und zwar auch dort, wo Aufträge genügend vorhanden waren.

Im Berichtsquartal wurde eine Lohnbewegung in der Steinindustrie des Bezirks Freiwaldau durchgeführt. Die Lohnsätze des Bauwerkstein-Lohntarifes wurden je nach der Höhe der Vergleichsziffern um 1 bis 5 Prozent, einzelne wichtige Spezialarbeiten um 7 bis 20 Prozent erhöht. Der Stundenlohn der Steinmetzen und Spalter wurde um 13 Proz., der der Hilfsarbeiter um 4 Proz. erhöht. Die Lohnsätze des Monumental- und Grabstein-Lohntarifes wurden, nebst Verbesserungen und Ergänzungen einiger Tarifpositionen, durchweg um 4 Prozent erhöht. Die gleiche Lohnerhöhung gilt auch für den Marmor-Lohntarif, dessen Revision noch bevorsteht. In einigen Orten sind die Lohnbewegungen noch nicht beendigt und eine Anzahl Lohnverträge wurden verlängert.

Zu den wichtigsten Lohnbewegungen im Bezirk Freiwaldau, an welcher 2000 Arbeiter interessiert sind, muß bemerkt werden, daß die sogenannte kommunistische Lohnkommission an den Hauptverhandlungen nichts Besseres wußte, als unter Vorlesung eines Pamphletes gegen die Reformisten den Verhandlungsraum zu verlassen und die ganze schwere Arbeit den von ihr beschimpften Tarifreformisten überließen.

Holland. (Steinsetzer.) Die Mitgliederzahl ist um 16 Prozent gestiegen, eine Steigerung, wie sie noch nie zu verzeichnen war. Die Mitgliederzahl von 1920 bis 1924 ist damit überschritten. Damit war es auch möglich, die Lohnverhältnisse zu verbessern. Selbst in Landgegenden konnten diese Stundenlöhne bis 1 Gulden und mehr gesteigert werden. Das Eigenartige dabei ist, daß es Landgegenden gibt, die über höhere Stundenlöhne verfügen als die Kollegen in gewissen Städten. Zur Zeit werden Verhandlungen mit der Regierung geführt, einmal in bezug auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse, sodann auch wegen dem Lehrlingswesen. In letzterem Punkt haben wir bereits Auftrag erhalten, Vorlagen auszuarbeiten. Leider schädigt dabei sehr viel die kommunistische Strategie einzelner Mitglieder.

Schweiz. Auch hier machte sich die bisher größte, umfangreichste Arbeitslosigkeit auf Grund der Kälte sichtbar. Zirka 3 Monate waren kaum 10 Prozent der Mitglieder beschäftigt. Selbst als die Kälte vorüber war, dauerte es noch lange bis die Bautätigkeit aufgenommen wurde. An Aufträgen fehlt es nicht, auch waren noch ziemlich viel Arbeiten unvollendet. Auf Grund dieser Konjunktur erklärte sich dann leicht, daß auch sofort nach Einsetzen der Arbeit die Lohnbewegungen auftauchten.

Bei den Granithauern im Tessin speziell gärte es schon lange, die Kollegen waren mit ihrem Arbeitsvertrag unzufrieden, er wurde gekündigt und weil nun einerseits sehr günstige Konjunktur vorhanden war, anderseits äußerst mangelnde Organisation der Unternehmer, wurde diese nach einem einwöchigen Streik gezwungen, Lohnerhöhungen auf der ganzen Linie (in 12 Orten) anzunehmen, als auch Ferien und anderes vertraglich zuzugestehen.

In der Grabmalbranche lief der Landesvertrag ab. Da durch die Uneinigkeit der Unternehmer, ihre Rücktritte aus ihrer Organisation, nur noch wenige Firmen an diesen Vertrag gebunden waren, hatte er seinen Wert verloren. Es wurde nun mit Einzelkampf in den verschiedenen Orten begonnen. Am Ende des Quartals waren 3 Verträge unter Dach, mit Lohnerhöhungen und Ferienverbesserungen, in 4 Orten gehen die Verhandlungen weiter.

Ein Arbeitsvertrag mit Lohnerhöhung wurde ebenfalls im Muschelkalkgebiet abgeschlossen.

Ansehnliche materielle Verbesserungen brachte der neue Vertrag für die Pflasterer in Zürich und Umgebung mit sich.

Internationales Steinarbeitersekretariat.
Rob. Kolb, Zürich 3, Uetlibergstr. 21.

Zwischen Ostsee und Eismeer. Die große Kunst, Belehrendes plaudernd zu erzählen, Wissenschaft mit heiterer Laune zu servieren, den Leser zu unterrichten und zugleich köstlich zu unterhalten, diese große Kunst versteht der Schriftsteller Kurt Biging ausgezeichnet. Von ihm ist in der Büchergilde Gutenberg ein reich illustriertes Dreimarkbuch erschienen: „Inari, eine Lapplandfahrt". Dieses Buch füllt eine Lücke aus, denn was wissen wir von diesem menschenleeren Landstreifen zwischen Ostsee und Eismeer? Die finnische Republik ist jung, bekannt ist nur ihr Küstengebiet. Biging stieß nach kurzem Aufenthalt an der finnischen Küste, deren Bewohner sich durch Höflichkeit und durch die Gabe, das Alkoholverbot zu umgehen, auszeichnen, auf seinem Klepperboot nach dem Inarisee vor. Er mußte bald feststellen, daß die wenigen bisher vorhandenen Karten und Reiseführer zum Teil reichlich Phantasieprodukte enthalten, und er hatte infolgedessen allerhand Strapazen durchzumachen, die durch plötzliche Unwetter und eine grauenhafte Mückenplage beträchtlich vergrößert wurden. In schweren Märschen erreichte er die Eismeerküste, und er streifte in diesem seltsamen Land umher, über dem die durchsichtige Kuppel der hellen Sommernächte steht und dessen Bewohner in primitiven und nicht übertrieben sauberen Hütten hausen. Immer mehr ging ihm das Verständnis für die Schönheiten dieser schwer zu enthüllenden Natur auf. Er begeisterte sich an den donnernden Wundern der Wasserfälle, an der farbigen Glut der Seen im Abendschein und an dem abwechslungsreichen Lachsfang und dem Robinsonleben in verlassenen Blockhäusern. Ueber alles das schreibt Biging in munterer und flüssiger Weise. Sein Selbstporträt zeigt einen wundervollen tapferen Kauz, der sich selbst verulkt, und doch steckt hinter allem Humor ein scharfer Beobachter der Natur und der sozialen Dinge. Diese Neuerscheinung zählt zu den wenigen prächtigen Büchern, die nie ermüden und die wertvolles Wissen spielend vermitteln.

Die Hetze gegen die deutsche Krankenversicherung — offensichtlicher Volksbetrug, von Paul Weber, Aachen, Sophienstr. 3. Preis brosch. 3,50 Mk., Leinen 5 Mk., Selbstverlag.

Mit diesen 202 Seiten umfassenden Werk hat der Verfasser eine Schrift herausgebracht, in der er mit den Kritikern zu Gericht geht. Weber ist ein genauer Kenner der deutschen Krankenversicherung. Er hat mit großem Fleiße sehr viel Material über Wesen, Aufgabenkreis und Tätigkeit der Krankenversicherung zusammengetragen, um dann auf dieser Grundlage den Nachweis zu führen, wie haltlos und unberechtigt die Angriffe gegen die Krankenkassen sind. Weber erkennt wohl an, daß Mängel vorhanden sind, aber sie rechtfertigen nicht die Hetze gegen die Versicherung. Der Verfasser kommt in seinem Buch zu den Schluß, daß „Unzulänglichkeiten in der Krankenversicherung wie überhaupt in der Sozialversicherung ihre Wurzel nicht im System, sondern einzig und allein in den Verhältnissen haben." Krieg und Nachkriegszeit haben schwere Notstände geschaffen, wodurch sich manche Volkskreise zu einer Ausnutzung der Sozialversicherungen hinreißen ließen, gegen die auch die Krankenkassen zu kämpfen hatten. Das lesenswerte Buch ist eine gute Waffe im Kampfe für die deutsche Krankenversicherung; wir wünschen ihm eine recht weite Verbreitung.

Natur, Wandern, Waldfest. Feste der Arbeiter. Heft 8, 32 Seiten, —,80 Mk. Verlag E. Altenberger, Waldenburg-Altwasser (Schles.), Steigerweg 23. Das Vielgestaltigste, was wir kennen, ist die Natur. Eng damit verbunden ist das vernünftige Wandern. Schöne Erinnerungen haben viele von Wanderungen. Viele gilt es noch, für das Wandern zu begeistern. Dazu will das Bändchen beitragen. Auf engem Raum finden wir viel wertvolles Material der verschiedensten Art. Alte und neue Reime von Dichtern und eine Anzahl Betrachtungen nicht alltäglicher Art sind darin enthalten.

Der 37. Geschäftsbericht des ADGB., Ortsausschuß Berlin, liegt mit dem Bericht über das Jahr 1928 vor. 377 659 Mitglieder der freien Gewerkschaften sehen im Berliner Ortsausschuß ihre örtliche Vertretung. Im Laufe des Berichtsjahres wurden 41 959 neue Mitglieder den Berliner Gewerkschaften zugeführt. Man hofft, in diesem Jahre die 400 000 zu erreichen. Der 175 Seiten umfassende Jahresbericht vermittelt einen Einblick in die vielseitigen Aufgaben des Ortsausschusses, zum Beispiel seine Mitarbeit in den gesetzgebenden und sozialpolitischen Verwaltungskörperschaften der Wohnungswirtschaft, dem Bildungs- und Erziehungswesen, der Gewinnung und Betreuung der Jugendlichen usw. Gute Abbildungen belegen und beleben den Text. Interessenten erhalten auf Anforderung den Bericht vom Ortsausschuß, Berlin SO., Engelufer 24/25. Ferner liegt der Jahresbericht vor des Ortsausschusses Berlin von

Der freigewerkschaftlichen Jugendzentrale, der dieselben Abbildungen bringt und dem allgemeinen Bericht des Ortsausschusses als Separatdruck entnommen ist. Bezug wie oben.